

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsmonatige Abonnement- oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schlußheften-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 9. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das Bürgerrecht auf der Probe.

Wenn das deutsche Bürgertum noch fähig wäre einer selbstbewußten, aus eigener Macht und Erkenntnis sich die Ziele setzenden Politik, — jetzt müßte sich das zeigen. Der Uebermut und die Unfähigkeit der regierenden Kreise, des Hochadels, des Junkertums und der Bureaucratie, hat sich niemals so breit gemacht wie jetzt. Niemals so schamlos wie jetzt haben sie die Ausbeutung des Volkes zugunsten ihrer elenden Wankelmut getrieben. Niemals zuvor ist aber auch die Schädigung des Volkes und Staates durch die Treibereien der junkerlichen Großausbeuterclique so offen zutage getreten wie jetzt in den Zeiten der Fleischnot, in den Zeiten der unaufrichtigen Regierungsbilanz in der inneren Landespolitik wie in der äußeren Politik des Reiches. Das alles wirkt zusammen, um das Bürgertum auf die Probe zu stellen, ob es noch die politischen Funktionen einer maßgebenden Klasse ausüben kann.

Als eine besondere Günst des Schicksals könnten die Freunde des Bürgertums es preisen, daß es durch so kräftige Rippenstöße aus seiner schlafmüchtigen Untertänigkeit aufgerüttelt wird, damit es den Kampf um die Leitung der Staatsgeschäfte aufnehme und durchführe, den noch jede im Aufstieg begriffene Klasse unternommen hat. Das Bürgertum hat vordem, im Jahre 1848, diesen Kampf begonnen; es ist elend zusammengebrochen nach halberregenen Siegen. Es verspürte noch einmal ein verspätetes Frühlingstreiben in der preussischen Konstitutionszeit; nach langem Gerede gab es klein bei, ohne überhaupt einen ernstlichen Kampf zu wagen. Seitdem schien das Bürgertum mehr und mehr in frühzeitiger Greisenhaftigkeit zu verkrüppeln, ohne daß es je die Blütezeit der männlichen Reife gekannt hat. Noch einmal gefaltet jetzt die geschichtliche Entwicklung ihm günstige Umstände zur Entfaltung seiner Kräfte, zur Erwerbung seines Selbstbewußtseins, zur Eroberung der Macht, — noch einmal und wohl zum letztenmal.

Es sind ja auch allerhand Symptome zutage getreten, daß in bürgerlichen Kreisen Gelüste zur Weltendmachung einer eigenen Politik verspürt werden. Die Lebensmittelverteuerung macht sich fühlbar bis tief in die Schichten des Mittelstandes hinein. Selbst wohlhabendere Bürger rümpfen ärgerlich die Nase, wenn sie 20, 30 Pfennig mehr für das Pfund Fleisch zahlen sollen; an den Stammtischen der Honoratiorenzimmer wird mit der Faust auf den Tisch geschlagen, und himmelanstürmende Worte drängen sich dröhnend durch das Gehege patriotischer Zähne.

Dies bürgerliche Unbehagen wird mächtig gesteigert durch die unverkennbare Tatsache, daß die wachsende Lebensmittelverteuerung auf Umwegen noch stärker als auf dem Wege des direkten Konsums die Unternehmerprofite zu beeinträchtigen droht. Die Arbeiter, denen die Lebensmittelverteuerung einen weit höheren Prozentsatz ihres Einkommens entzieht als den Unternehmern, müssen suchen, der Niederdrückung ihrer Lebenshaltung durch Lohnaufbesserungen entgegenzuwirken. Sie müssen vom Unternehmerprofit wenigstens so viel abzwängen, daß sie damit annähernd die Beeinträchtigung ihrer Lebenshaltung weit machen können. Das Gelingen dieser berechtigten Versuche käme, ganz abgesehen von den sonstigen Nachteilen der Lohnkämpfe, den Unternehmern jedenfalls noch weit teurer zu stehen, als der direkte Aufschlag auf ihr privates Haushaltungsbudget, den die agrarische Interessentpolitik herbeigeführt hat. Eine solche Nachwirkung haben die bürgerlichen Mannesgeelen der nationalliberalen oder Zentrums-partei nicht in Rechnung gestellt, als sie im angeblich gemeinsamen Interesse aller Ausbeutergruppen den Agrariern gestatteten, sich aus der Haut des arbeitenden Volkes Nerven zu schneiden. Die verspätete Erkenntnis macht sich jetzt in tosendem Unwillen Luft. In den städtischen Behörden, in Versammlungen und in der Presse der Parteien, die dem Zolltarif Geburtsheiferdienste geleistet und Bodenschneidnotär begünstigt haben, wird über die Not des Volkes gezetert. Ein förmlicher Wettkampf entspinnt sich zwischen Zentrumsleuten und Nationalliberalen, wer am lautesten schreien kann. In Köln hat der Wettstreit begonnen zwischen der nationalliberalen „Köln. Zig.“ und der zentrumsliberalen „Köln. Volkszeitung“. Herr Trimborn, einer der Hauptmacher des Zolltarifs, hat förmlich geschäumt vor Wut darüber, daß dem armen Volke das Brot und Fleisch so teuer geworden ist, und flugs hat auch der Kollege von der anderen Brotwucherfaktion, Herr Wassermann, den gleichen Groß marfirt.

Das hört sich alles ganz schön an. Die Herren werden aber erst noch durch die Daten zu beweisen haben, ob diese teulige Sündenbühnen nur ein Demagogentrick ist, oder ob sie ernstlich daran mitarbeiten wollen, daß die schwere Schädigung des Volkes durch Lebensmittelverteuerung wenigstens einigermaßen gutgemacht wird.

Der bürgerlichen Mißbilligung über die Fleischnot gefellt sich das kaum minder weitverbreitete Unbehagen über den Kolonialtraud und die unabsehbaren Kosten, die er dem deutschen Volke auf den Hals geladen hat. Fleischnot und Kolonialtraud sind ja obendrein auch durch eine Art Personalunion verbunden, denn der nämliche preussische Landwirtschaftsminister, dem als Groß-Schweinezüchter infolge der künstlichen Steigerung der Fleischpreise andauernd erhebliche Privatprofite zuwachsen, hat auch hieselbst im Röhrch der Kolonial-

jumpses gefessen und sich dort Pfeifen geschmitten. Doch Bardon! — er hat vielmehr während seiner Ministerlaufbahn seine ihm von Gott gegebene geschäftskundige Frau dorthin gesetzt und sich von ihr Pfeifen schneiden lassen. Die Sozialdemokratie hat zwar sofort geltend gemacht, ein Minister dürfe nicht als direkter oder indirekter Teilhaber eines Geschäftshauses sich aus Monopolverträgen mit dem Staate Profite zusammentippen. Den bürgerlichen Parteien ist diese Erkenntnis erst später und allgemach gekommen, und zwar gleichzeitig mit der völligen Ernüchterung vom Kolonialtraud, in dem heute nur noch eine winzige Anzahl von Tropenphantasten, wohl unheilbar, umhertaumeln. In ihrem Kolonialkammer erheben jetzt auch bürgerliche Politiker den Ruf: Der Fleischnot-Bod, der Zippels-Bod muß fort von seinem Plage!

Ja sogar der Reichskanzler Fürst Bülow teilt diesen dringenden Wunsch. Er hat es deutlich genug die Deffentlichkeit, sogar durch offiziöse Rundgebungen wissen lassen. Selbst gegen solche Stöße aber ist Bods Bauch durch eine offenbar den höchsten staatsmännischen Anforderungen entsprechende Rhinoceroshaut geschützt. Bod hat erklärt, daß er nicht gehen werde, so lange er nicht das Vertrauen der für ihn allein maßgebenden Stelle verloren habe. Diese maßgebende Stelle aber ist Kaiser Wilhelm II. Wie der über die Sache denkt, wissen wir heute noch nicht. Bod ist geblieben, aber auch Bülow ist geblieben. Seit Wochen unterhält sich der deutsche Michel mit dem anmutigen Rätselspiel: Geht Bodchen, geht er nicht?

Das ist ihm denn doch auf die Nerven gefallen, dem deutschen Michel nämlich, nicht dem Bod. Da dämmern ihm denn allerhand Erinnerungen auf, wie früher schon Minister gestürzt wurden. Die Hohenloheschen Remonten haben seinen Blick geschärft für das elende Intrigenpiel an den Höfen, die unausbleibliche Begleiterscheinung des persönlichen Regiments. Da ist der Groll in ihm aufgestiegen über diesen Zustand in Preußen und im Deutschen Reich. Die bürgerlichen Parteien merken endlich, wie unwürdig es ist auch für sie, daß nicht das Volk, nicht seine Vertreter darüber zu entscheiden haben, wer die Staatsgeschäfte leitet. Die Forderung, daß das anders werden müsse, hallt wider aus den Wäldern aller bürgerlichen Parteien; sogar in der „Kreuz-Zeitung“ findet sie ein verschämtes Echo.

Eine so allgemeine Nörgerei ist seit der Konstitutionszeit der 60er Jahre noch niemals laut geworden in Deutschland. Wenn es auf Stimmung allein ankäme, dann könnte man hoffen, daß nunmehr endlich das deutsche Bürgertum gewillt sei, die weltgeschichtliche Probe auf seine Fähigkeit, seinen Willen zur Selbstregierung zu bestehen. Ob aber die Stimmung die Tat gebären wird? Ist es den bürgerlichen Schwarzsehern und Nörglern denn überhaupt klar, was geschehen muß, um das persönliche Regiment unmöglich zu machen?

Die russische Revolution.

Der Wahlrechtsraub.

Der Gehülfe des Ministers des Inneren, Kryshanoski, versandte an alle Gouverneure und Stadthauptleute folgendes Zirkular:

„Aus den im Ministerium des Inneren eingelaufenen Meldungen ist zu ersehen, daß einige Behörden bei der Ausfertigung der Wählerlisten die Fabrikarbeiter, welche besondere Wohnungen mieten, befragen, ob sie ihr Wahlrecht auf Grund des Allerhöchsten Uas vom 24. Dezember 1905 auf die Weise ausüben wollen, daß sie sich an der Wahl der Fabrikvertreter beteiligen, oder ob sie wünschen, an den Wahlen als Wohnungsmieter in der Eigenschaft von städtischen Wählern teilzunehmen, auf der Versammlung der städtischen Wähler oder in den städtischen Wahlkreisen; auf diese Weise überlassen es diese Behörden den Fabrikarbeitern, den einen oder den anderen Weg in der Ausübung ihres Wahlrechts einzuschlagen. Indessen, gemäß dem Sinne der Gesetzeserläuterung des Regierungs-Senats vom 20. Oktober, Nr. 275, sollen die Arbeiter der Fabriken, Industriewerke und Eisenbahnwerkstätten, für die der Weg der Ausübung des Wahlrechts in dem Allerhöchsten Uas vom 24. Dezember 1905 vorgezeichnet ist, garnicht in die Wählerlisten eingetragen werden, sogar in dem Falle, wenn sie einen genügenden Wahlzensus besitzen, unter anderem als Wohnungsmieter. Infolgedessen ersuche ich Eure Erzellenz, in dieser Frage den Behörden, welche die Listen der städtischen Wähler anfertigen, die nötigen Weisungen zu geben und auch Ihrerseits Maßregeln zu treffen, um aus den städtischen Wählerlisten diejenigen durch den Allerh. Uas vom 24. Dezember 1905 vorhergesehenen Arbeiter zu streichen, welche etwa im Widerspruch zu der Gesetzeserläuterung des Senats in die Listen eingetragen worden sind und dies sogar in dem Falle zu tun, wenn die Arbeiter erklären, daß sie auf die Beteiligung an den Wahlen der Vertreter in den Fabriken verzichten.“

Die Insamie der russischen Regierung wird von Tag zu Tag deutlicher. Die Antwort des Proletariats dürfte zur rechten Zeit an Deutlichkeit auch nichts zu wünschen übrig lassen.

Ehren-Stolypin.

Im „Russ. Kur.“ lesen wir: Nachdem das russische Ministerium des Inneren erfahren hat, daß viele Fabrikanten beim Herannahen des Winters und infolge der ob-

waltenden Verhältnisse verschiedene Forderungen der Arbeiter bewilligen, forderte soden Minister Stolypin die Gouverneure in einem Zirkularschreiben auf, die Fabrik- und Werkstatthalter dahin zu veranlassen und ihnen durch die Fabrikinspektoren in geeigneter Weise klar zu machen, daß, falls sie auch nur die geringste Forderung der Arbeiter bewilligen werden, sie sofort mit einer hohen Geld- bezw. Gefängnisstrafe belegt werden.

Entspricht diese Meldung den Tatsachen, so darf man Herrn Stolypin — ohne ihm Unrecht zu tun — als einen ausgemachten Schurken bezeichnen. Die Arbeiter sollen — so scheint's — in Verzweiflung gehen, zu Streiks provoziert und dann mit aller Brutalität niedergeschnitten werden. —

Judenhag.

Die Südruss. Telegr.-Agentur meldet: Kiew, 8. November. Seit fünf Tagen finden hier täglich Hotel- und Hausdurchsuchungen en masse zum Zwecke der Ausweisung nicht wohnberechtigter Juden statt. Heute wurden 20, letzte Woche 800 ausgewiesen, darunter zirka 100 Schüler der zahnärztlichen Schule. — Bezirksaufseher Kapota, der wegen seiner erfolgreichen Verfolgung von Anarchisten und Sozialisten bisher der Liebling der Behörden war, wurde seines Amtes enthoben, weil in seinem Polizeirevier etwa 50 nicht wohnberechtigte Juden ermittelt wurden. — Rund 500 politische Gefangene befinden sich gegenwärtig in Oast.

Einkommensteuer.

Petersburg, 8. November. Der Ministerrat hat den vom Finanzminister vorgelegten Einkommensteuergesetzentwurf angenommen. Der Betrag der Steuer wird auf 25 bis 40 Millionen Rubel geschätzt. Besteuert werden russische Untertanen und Ausländer, die länger als ein Jahr in Rußland wohnen und dort irgend ein Gewerbe betreiben. Russische Untertanen, die länger als zwei Jahre im Auslande leben, sind von der Steuer befreit. Der Besteuerung unterliegen sämtliche Einkünfte mit Ausnahme von Wohlthätigkeitsleistungen und dergleichen. Nicht als Einkommen werden angesehen Erbschaften, Geschenke und Versicherungsprämien! Steuerfrei sind alle Einkommen unter 1000 Rubel. Die Steuer beträgt für 1000 Rubel 1 Proz., für jedes weitere Tausend 0,1 Proz. mehr bis zu 30000 Rubel. Von 30000 bis 100000 steigt die Steuer in einem geringeren Prozentsatz bis zu dem Höchstbetrage von 5 Proz. Die Veranlagung der Steuer beruht auf Selbstanschätzung.

Eine Neuauflage des „Verbandes der Verbände“.

Am 1. November fand die konstituierende Versammlung des Komitees der Vereinten Verbände statt; die Anträge zu dieser Neubildung sind frühere Mitglieder des Zentralbüros des Verbandes der Verbände („Sojus Sojusow“). Folgende Punkte waren den einzelnen Verbänden zur Erörterung überwiesen worden:

1. Ins Komitee treten professionelle (gewerkschaftliche) und professionell-politische Verbände ein.
2. Jeder Verband entsendet drei Vertreter ins Komitee.
3. Die neue Organisation nimmt sein allgemeines politisches Programm an.
4. Ihre Aufgaben sind: Information und Erleichterung des Verkehrs zwischen den Verbänden, gegenseitige Unterstützung, Koordinierung der Tätigkeit der einzelnen Verbände.
5. Das Komitee hat nicht das Recht, den Verbänden Direktiven zu geben.

Folgende Verbände haben sich bis jetzt dem Komitee angeschlossen: 1. Verband der Mittelschullehrer; 2. Verband der Volksschullehrer; 3. Ingenieurverband; 4. Verband der Eisenbahnangestellten; 5. Verband der Gleichberechtigten der Frauen.

Stössel!

Der „Russ. Kur.“ schreibt: Da das Antragsgesuch des Jaren an seinen Generaladjutanten General Stössel in Höhe von 125 Rubel pro Monat diesem als nicht genügend erschien, wandte er sich an das Komitee für vorwundene Krieger mit der Bitte um eine „Dienstboten-Beihilfe“; das Komitee ersuchte jedoch den General Stössel, erst von einem der Militärverwaltung zur Verfügung stehenden Mediziner den Nachweis zu erbringen, daß er, Stössel, sich ohne einen Diener nicht fortbewegen kann. —

Wenn die Not gar zu groß wird, könnte Stössel vielleicht noch auf die Idee verfallen, seinen „pour le mérito“ zu Geld zu machen. —

Der Petersburger Deputiertenrat.

IV. Dmitrius Swertschkoff,

geboren 1882, studierte an der Petersburger Universität, aus der er wegen Teilnahme an Studentenunruhen ausgewiesen wurde. Zum ersten Male wurde er am 8. März 1902 als Teilnehmer an einer regierungsfreundlichen Demonstration arretiert. Im Rate der Arbeiterdeputierten war er Delegierter des Kontoristenverbandes und Mitglied des Exekutivkomitees des Rates. Am 27. November wurde er nach der Verhaftung des Präsidenten des Rates in das neue Präsidium gewählt, welches von neuem aus drei Mitgliedern bestand. Am 8. Dezember wurde er arretiert. Genosse Swertschkoff ist Mitglied der russischen sozialdemokratischen Partei.

V. A. S. mar (Polo):

25 Jahre alt. Feinarbeiter (Schirmtische Instrumente). Seit 1901 Sozialdemokrat. Zum ersten Male im Jahre 1903 arretiert. Dann noch zweimal verhaftet und das dritte Mal am 8. Dezember als Mitglied des Rates der Arbeiterpartei arretiert. Ein katholischer Pfarrer hatte ihn zum Examen für ein katholisches Seminar vorbereitet!

VI. Theodor Seliwestrow,

geboren im Jahre 1887 im Dorfe Belowotow des Nischnij-Kowgorodischen Gouvernements. Nur den Winter besuchte er eine Dorfschule. Im Jahre 1905 trat er in die russische sozialdemokratische Partei ein und wurde von den Eisenbahnwerkstätten, wo er einfacher Arbeiter war, als Delegierter an den Rat der Arbeiterkassen geschickt. — Seliwestrow soll eine viel versprechende poetische Anlage besitzen.

geboren 1878 in Schuscha (Mausfuss). 1895 immatrikuliert er sich an dem Petersburger technologischen Institut, in dem er mit Unterbrechungen bis 1901 studierte. Am 7. März 1897 wurde er zum ersten Male in Petersburg als Teilnehmer einer Demonstration aus Anlaß der Forderung der jungen politischen „Verbrüderer“ Wegens, die sich schließlich aus Verweisung verbrannte, verhaftet. 1899 trat er in die Reihen der russischen Sozialdemokratie als Propagandist. Er wurde aus Petersburg auf ein ganzes Jahr ausgewiesen. Im März 1901 ward er als Teilnehmer an einer politischen Demonstration wieder verhaftet. Nach dreiwöchiger Haft wurde er auf 2 Jahre nach Waku ausgewiesen und dort unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Im April 1902 ward er schon wieder verhaftet, weil er in Waku am 1. Mai eine Arbeiterdemonstration organisierte. Nach kurzer Zeit wurde er aus dem Gefängnis entlassen und im März 1903 wieder verhaftet — diesmal als Mitglied des sozialdemokratischen Komitees in Waku. Er ward auf 4 Jahre nach Ostsibirien verbannt, floh aber und lebte unter einem falschen Namen nach Moskau zurück, wo er Mitglied des sozialdemokratischen Komitees und noch im gleichen Jahre wieder verhaftet wurde. Nachdem er 14 Monate in Einzelhaft gesessen hatte und dann zu 4 Monaten Festung verurteilt war, ging er nach Petersburg. Am 3. Dezember wurde er hier als Mitglied des Rates der Arbeiterdeputierten, in dem er die russische sozialdemokratische Partei vertrat, verhaftet.

Kufonjan ist ein temperamentsvoller Südländer und ein guter Redner. Er arbeitete für alle russischen sozialdemokratischen Zeitungen, und seiner Feder entspringt auch die erste Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. November.

Hochverräterische Zettelungen.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt heute unter dem Titel „Dynastie Wolke“ einen sensationellen Leitartikel. Es behauptet, daß der Name des kommenden Reichskanzlers aller Voraussicht nach Helmut v. Wolke sein werde. Das Wolkeblatt stellt die Lage des Reichskanzlers als bedächtig gefährdet dar, daß es ihm den Rat geben zu sollen glaubt, „in der Erkenntnis seiner unhaltbar gewordenen Stellung das Präventive zu spielen“ und schon jetzt die Entscheidung herbeizuführen. Wehe er nicht freiwillig, so würde er vermutlich in zwei Monaten dazu gezwungen werden.

Wahrscheinlich werde die allerhöchste Entscheidung über die Regierungskrise in Liebenberg fallen, wohin sich der Kaiser dieser Tage begeben werde. Der Chef des großen Generalstabes der Armee, Generalleutnant v. Wolke werde ihn dorthin begleiten. Es sei zu erwarten, daß am Tage der Rückkehr des Kaisers nicht bloß der Ritter des Landwirtschaftsministers offiziell zur Tafsache werde, sondern daß dann noch andere wichtige Personalveränderungen vollzogen würden. So werde voraussichtlich der Kultusminister v. Studt zurücktreten und durch den bisherigen Polizeiminister v. Weismann-Hollweg ersetzt werden. Auch Kosadowsky werde nicht länger bleiben können. Vielleicht werde dann auch bereits über das Entlassungsgesuch (!) des Reichskanzlers die Entscheidung fallen.

Wie man sieht, spricht das Wolkeblatt bereits von einem Entlassungsgesuch des Reichskanzlers! Sollte es sich dabei auf mehr als bloße Mutmaßungen stützen? Da der Vater des neuen Kolonialdirektors Redaktionsmitglied des „Berliner Tageblatt“ ist, wäre es ja nicht ausgeschlossen, daß das Wolkeblatt besonders rasch bedient würde.

Der Besuch des Kaisers in Liebenberg, auf den das „Berl. Tageblatt“ anspielt, hat allerdings seine eigene Bewandnis. Der Schlossherr v. Liebenberg ist kein anderer als der frühere Volkshafte Philipp Eulenburg, von dem bekanntlich der Text des berühmten Sanges an Regir stammen soll. Philii Eulenburg gehört zu den Vertrauten des Kaisers, ihm wird von eingeweihten Kreisen ein nicht unerheblicher politischer Einfluß zugeschrieben. Auf ihn ist auch die Anspielung von dem „hochgeborenen Varden“ der „Neuen Gesellschaftl. Storr.“ gemünzt. In Liebenberg wurde, woran die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erinnern, einst dem Kaiser der Artikel der „Alltäglichen Zeitung“ zugestellt, der den äußeren Anlaß zum Sturz des Grafen Caprivi bot. Der sensationelle Artikel des Wolkeblattes ist also offenbar aus denselben Motiven diktiert, wie der gestrige Artikel der „Neuen Gesellschaftl. Korresp.“: von der Furcht vor den Liebenbergischen Einflüssen, in denen die Intrigen der bekannnten Kamarilla zu kulminieren scheinen!

Nicht uninteressant ist die Charakteristik, die das „Berl. Tageblatt“ von dem Generalstabchef und vermutlichen künftigen Reichskanzler gibt. Es schreibt:

„Helmut v. Wolke gilt für einen ausgeprochenen Reaktionsär, temperiert durch eine gewisse soldatische Offenherzigkeit und Lebensfreudigkeit, dem freilich auch spirituelle Reigungen nachgelagert werden. Ein Mann der Theorie ist er ganz und gar nicht, viel eher ein Draufgänger, der auch den „Mut der Kaltblütigkeit“ besitzt, mit dem hundert Säbel und der schließenden Hinte Politik zu treiben. Daß seine Verurteilung als ein Trümpf auf die in jüngster Zeit in der Presse aller Parteien laut gewordenen Angriffe gegen das persönliche Regime und die absolutistischen Vorkämpfer in Reichs gedacht wäre, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel.“

Daß Helmut v. Wolke in der Tat die Eigenschaften besäße, um sowohl den Ansprüchen der agrarisch-scharfmacherischen Kamarilla, als auch den Wünschen und Reigungen Wilhelms II. zu entsprechen, ergibt sich ja aus der angeblich beglaubigten Erzählung, daß Wolke minor sich gegen seine Ernennung zum Generalstabchef gestraubt, sein Strauben aber aufgegeben habe, als ihm der Kaiser erklärt habe: „In einem etwaigen Kriege werde er sein eigener Generalstabchef sein.“ Ein solcher Mann wird in der Tat einen noch bequemeren Verantwortlichen unserer Politik abgeben, als der zwar sehr geschmeidige, aber doch immerhin nicht aller intellektuellen Strupeln bare Fürst Bülow. Trohden nun heute abend die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einer Liebenbergsentlastung erklärt, daß an „keiner maßgebenden Stelle“ von „Wünschen zur Entlassung des Reichskanzlers die Rede“ sei, hat es doch den Anschein, als ob in Liebenberg irgend welche Entscheidungen fallen würden.

Interessanter aber fast noch als dies ganze Intrigenspiel sind die Motive, von der sich nach der „Neuen gesellschaftlichen Korrespondenz“ die scharfmacherische Kamarilla leiten läßt. Sie will einen möglichst geschäftsunkundigen und charakterstarken Reichskanzler, um dem impulsiven Kaiser derart in Schwierigkeiten der inneren Politik zu verwickeln, daß er in der inneren Politik den Fleischwucherern und Staatsstreikern und ihren Werkzeugen freie Hand lassen möchte. Wenn es je einen hochverräterischen Plan gegeben hat, so diesen! Man scheut sich nicht vor den verhängnisvollsten internationalen Verwicklungen, um nur in der inneren Politik nach Herzenslust im Trüben fischen zu können!

Mag schließlich die ganze glorreiche Reichsherrlichkeit zum Teufel gehen, wenn es nur den Junkern und Junkergenossen gelingt, die fröndenden Massen des Volkes auszuhungern und ihnen möglicherweise die kümmerlichen Reste ihrer Volksrechte zu entreißen!

Es gilt also auch für das Proletariat, auf der Wacht zu sein! —

Die Landtagswahl im Dritten Berliner Wahlkreise.

Die freisinnige Presse jubelt um die Wette mit der reaktionären Presse darüber, daß es allen Anschein nach der Sozialdemokratie nicht gelungen sei, den Freisinn im dritten Berliner Landtagswahlkreise aus seiner Position zu verdrängen. Die Sozialdemokratie sei wieder einmal um ihre Hoffnungen betrogen worden.

Wir wollen diesen Blättern verraten, daß unsere Erwartungen auf einen Erfolg bei der diesmaligen Ertragswahl wirklich keine allzu hochgehämten waren. Da bei der diesmaligen Wahl nur ein Bruchteil der Wahlmänner von neuem gewählt werden mußte, waren die Chancen der Sozialdemokratie von vornherein sehr unglückliche. An die Stelle der ausscheidenden 512 sozialdemokratischen Wahlmänner hätten diesmal mindestens 720 gewählt werden müssen, wenn, unter Voraussetzung der gleichen Beteiligung der Wahlmänner an der Wahl des Abgeordneten, der sozialdemokratische Kandidat hätte gewählt werden sollen. Ein solcher Erfolg aber war schon deshalb ausgeschlossen, weil nur etwa die Hälfte der neu zu wählenden Wahlmänner auf die dritte Klasse entfiel, die andere Hälfte auf die zweite und erste Klasse. Nach unseren Feststellungen sind diesmal in sämtlichen drei Klassen 503 Wahlmänner gewählt worden d. h. 51 mehr als bei der Hauptwahl im Jahre 1903. Mit einem berartigen Erfolge kann die Sozialdemokratie durchaus zufrieden sein. Das weitere wird sich im Jahre 1908 finden. —

Und er wurde doch gegangen!

Der Berliner „Vokal-Anzeiger“ bringt heute unter letzten Nachrichten folgende eigenartige Meldung:

Nach hier verbreiteten Gerüchten ist, wie uns am späten Nachmittag mitgeteilt wird, die Entziehung des Landwirtschaftsministers v. Poddieleski auf seinen Antrag erfolgt.

Es spricht vieles dafür, daß das Verbleiben Poddieleskis mehr weis, als es sich hier den Anschein gibt, daß es lediglich deshalb mit der bestimmten Meldung von der Entlassung des Landwirtschaftsministers zögert, um sich erst die gewünschte Form der Bekanntgabe souffrieren zu lassen. Offenbar ist Podd zu den Toten zu zählen.

Bülow hat also nach langem Ringen gesagt, er ist den kompromittierlichen Mitarbeiter losgeworden, noch ehe der Reichstag wieder zusammentritt. Er braucht in die bevorstehende Fleischnot- und Kolonialstandesdebatte der Volksvertretung nicht Seite an Seite mit dem Schweinezüchter von Dallmin und dem Mann der Mitinhaber der Firma Tappeler u. Co. zu gehen. Dem Parlamente ist das äußerste erspart geblieben, daß ihm zugemutet wird, mit einem Ranne zu diskutieren, dessen Privataffären in bedenklichster Weise mit seinen Staatsdienerpflichten kollidierten.

Das ist aber auch alles! Den Poddieleski sind wir los — die Politik Poddieleski, die Politik der Lebensmittelverwertung, der Grenzsperrerei. Eine Person ist der öffentlichen Meinung geopfert worden, um das System zu halten.

Ob Bülow seines Sieges lange froh werden wird, ist nach den Enthüllungen des „Berliner Tageblattes“, die wir oben behandelt haben, fraglich. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt zwar heute abend ein Dementi der Behauptungen, daß die Stellung Bülows erschüttert sei, indes ist der Wert solcher Versicherungen des offiziellen Wortes längst viel zu sehr bekannt, als daß durch sie irgend etwas entkräftet werden könnte.

Ueberflüssig wäre es, auch nur ein Wort noch zu der üblichen Unwahrheit zu sagen, daß Podd der Hartnäckige auf eigenes Ansuchen entlassen worden sei.

Deutsches Reich.

Auch Scherl dementiert!

Auch das Scherlblatt erklärt heute abend, daß von dem Westeten einer Kanzerkrise an den „maßgebenden Stellen“ nichts bekannt sei. Allerdings scheint von gewissen Seiten mit mehr oder weniger einwandfreien Mitteln daran gearbeitet zu werden, Bülow zu stürzen. So berufe man sich darauf, daß der Kanzler seit seiner Amtsführung sehr selten sein Arbeitszimmer verlasse, was beweise, daß seine Gesundheit noch immer erschüttert sei. Gerade jetzt aber reite der Kanzler fast täglich im Tiergarten, auch mache er stundenlange Spaziergänge usw.

Aus dieser Notiz läßt sich nicht recht erkennen, ob sie von den Freunden Bülows oder Poods ausgeht, da sich ja auch die agrarische Kamarilla neuerdings mit perfider Scheinheiligkeit des angefeindeten Reichskanzlers annimmt. Beachtenswert ist nur das Zugeständnis, daß zurzeit etwas gegen Bülow im Gange ist. Das Dementi selbst ist belanglos, da die wirklich „maßgebenden Stellen“ das Scherlblatt schwerlich inspiert haben dürften. —

Verbeer und Ruine.

Man schreibt uns: Die „Hamburger Nachrichten“ haben, wie schon in Nr. 258 des „Vorwärts“ mitgeteilt, berichtet, daß eine offenbar hochstehende Persönlichkeit einmal geäußert habe, der Reichstag müsse gänzlich beseitigt werden. Die beste Gelegenheit dazu sei nach der Rückkehr eines siegreichen Ozeers gegeben. Wer auch nur etwas in der Weltgeschichte weis, sieht hier eigentlich vor keiner Reue, denn es ist eine alte Gepflogenheit der Regierungen, „ihren“ Völkern erzwungene Siege mit Anechtung und Anechtung zu danken! Auf die „Freiheitskriege“ folgte die „heilige Allianz“, und auf die Siege von 1870 kam zuerst eine große Katholikenebe, dann ging es über die Sozialdemokratie her. Und heute ist das Deutsche Reich für die vorgeschrittenen Nationen das Abbild der Reaktion, die Fiescheide des jauchzenden Hohnes und des verächtlichen Spottes.

Gewiß sind kriegerische Niederlagen ein großes nationales Unglück. Nur zu häufig bedeutet aber auch ein kriegerischer Erfolg für die Nationen in unserer kapitalistischen Wera geradezu einen Fluch. Das Volk gibt für die Regierenden Gut und Blut hin und erntet meist für sich und seine Nachkommen Ketten! Nicht umsonst ist in barbarischen Ländern die Zusammenstellung von Ruine und Säbel sehr beliebt.

Die Ursache der Leichtgläubigkeit, mit der siegreichen Völkern ihre Rechte eskamotiert werden können, ist teilweise in der durch die kriegerischen Erfolge hervorgerufenen Massenhypnose zu suchen. Das Volk wird durch das ewige Hurrahschrei, das Viktoriageschie, das ununterbrochene Trümpfgeheul der chauvinistischen Presse so sehr in Anspruch genommen, daß es ihm entgeht, wie man ihm die Hände bindet und den Maulkorb umlegt. Es geht hier ähnlich wie bei den Tschendischtschäten, die am besten bei großen Festlichkeiten glücken. Außerdem wird dem Volke täglich die Wesel vorgeplärret, daß eine Regierung, die einen Krieg gewonnen habe, ein besonderes Vertrauen verdiene.

Die von oben inszenierte Massenhypnose ist überhaupt, gleich auf welchem Wege sie zustande kommt, für die Freiheit ungeheuer gefährlich. Den herrschenden Klassen ist dies wohl bekannt und darum suchen sie ab und zu „ein Feuer der nationalen Begeisterung“ zu entfachen, damit sie darin unversehens wichtige Volksrechte verbrennen können. Daß die Sozialdemokratie diesen Feind durchschaut und ihn durch kalte Kopfgüsse durchkreuzt, wird ihr natürlich schwer verliert. Gewöhnlich wird sie dafür als Vaterlandslos gebrandmarkt.

Die sehr sie aber im Rechte ist, beweist die Indiskretion der „Hamburger Nachrichten“. Weiß der Himmel, was aus dem Marokkorummel entstanden wäre, wenn die Sozialdemokratie den deutschen „Staatsmännern“ das Konzept nicht so gründlich korrigiert und dafür gezeigt hätte, daß „das Feuer der nationalen Begeisterung“ nicht brennen sollte. Auch beim Chinafeldzug hat sie sich das nämliche Verdienst erworben, wobei ihr der Kalmarschall die Arbeit in dankenswerter Weise erleichterte.

Im übrigen weiß jetzt das deutsche Volk, was es im Kriegsfall zu gewärtigen hat. Entweder alle Leiden, die eine Niederlage mit sich bringt, oder im Falle eines Sieges politische Entrechtung! —

Gegen die Fleischnot.

Leipzig, den 7. November.

Die Unhaltbarkeit der deutschen Reichspolitik wird jetzt selbst dem blödesten Spieher klar. Das hatte sich auch heute abend im Leipziger Stadtparlament gezeigt, als der Verfassungsausschuß über das Schicksal des sozialdemokratischen Antrages — die Fleischnot betreffend — berichtete. Zur Beurteilung der Frage hatte der Rat dem Ausschuß folgendes Material mitgeteilt: Im Jahre 1900 wurden 1040 Künder und 12 000 Schweine weniger als im Jahre 1905 aufgetrieben.

Der Verfassungsausschuß stimmte den sozialdemokratischen Anträgen: eine Petition an die sächsische Landesregierung sowohl als auch an die deutsche Reichsregierung zu richten, zu; hingegen lehnte er den Antrag ab, der verlangte, daß der Rat und das Kollegium einen gemäßigten Ansehens einlegen sollten, um Mittel ausfindig zu machen, der Nahrungsmittelkennern von der Stadt aus zu steuern. Im Sinne des Ausschusses entschied das Kollegium einstimmig.

In der Petition soll hervorgehoben werden, daß namentlich die Steigerung der Fleischpreise zu einer für die Bevölkerung unermesslichen Katastrophe geführt hätte und die Lebenslage, besonders der weniger besitzenden Klasse herabdrückte. Die andauernd schlechte Ernährung rufe lebhafteste Beunruhigung hervor, und es sei dringend notwendig, daß hier Wandel geschaffen werde. Zurückschauen seien die hohen Fleischpreise auf den Mangel an Schlachtvieh, das, wie sich gezeigt habe, die deutsche Landwirtschaft nicht in genügender Maße produzieren könne, weshalb als hauptsächlichste Mittel zur Verringerung der Fleischnot die Öffnung der Grenzen gefordert werden möchte.

Interessant war auch das Geständnis eines bürgerlichen Abgeordneten, der da wünschte, daß der Rat auch über die Steigerung der Vieh- und Fleischpreise Erhebungen veranlassen und das Material dem Ausschusse und den Kollegien zur Verfügung gestellt hätte. Er hatte sich selbst eine solche Statistik verschafft und bemängelte sie bei seinen Ausführungen. Daraus ging hervor, daß die Leipziger Bevölkerung jetzt 6 Millionen Mark pro Jahr mehr für Fleisch ausgeben muß als noch im Jahre 1900.

Die Stellungnahme des Kollegiums in dieser Frage mag nicht zuletzt vom nahen Termin der Stadtvorordnetenwahlen (20. November) unberührt gewesen sein.

Vor der Behandlung dieses Punktes gab es erst noch eine große Sensation, wozu die ganze neugierige Spieherchaft herbeigezogen war, nämlich — die neueste Unterschlagung von 138 000 M. in der Stadtkasse. Daß bei der ganzen amtlichen und nichtamtlichen Heulerei über den Fall nichts herauskommen würde, versteht sich von selbst. —

Die Fleischwucherer wehren sich!

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover hat in einer erneuten Eingabe an das königliche Staatsministerium gegen irgend welche Maßregeln zur Verringerung des Fleischwuchers protestiert. Sie hat die Rechte befehlen, zu erklären, daß die Bestrebungen zur Öffnung der Grenzen noch nie so sehr der Berechtigung entbehrt hätten, wie gerade jetzt. Die Landwirtschaftskammer hat daher die „bestimmte Hoffnung“ ausgesprochen, daß die Regierung dem Drängen auf Öffnung der Grenzen keine Folge geben werde.

Auch der unvermeidliche Herr Arendt hat sich zu den Verteidigern der agrarischen Volkshungerung gestellt. Im Landwirtschaftlichen Verein für Siedstedt, Mansfeld und Umgegend hat er am letzten Sonntag in einer Rede erklärt, daß die Grenzen aus sanitären Gründen geschlossen bleiben müßten. Das einzige Mittel gegen die Fleischnot sei die Steigerung der einheimischen Viehzucht. Die Hauptaufgabe der Regierung liege deshalb in dem andauernden Schutz der heimischen Produktion. Die Regierung werde alles Hemmende vermeiden und weder sie noch der Reichstag würden zu so verderblichen Mitteln, wie der Grenzöffnung die Hand bieten.

Der frohe Hohn der Junker und Junkergenossen übersteigt nachgerade alle Grenzen! —

Auch ein antisozialistisches Argument.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Nr. 520 vom 6. November d. J. einen Auszug einer vom Zahnarzt Dr. C. Höse in Dresden unter dem Titel „Beiträge zur europaischen Rassenkunde“ im „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ veröffentlichten Arbeit, in welcher hauptsächlich die durchschnittliche geistige Ueberlegenheit der Langköpfe über die Kurzköpfe auf Grund angestellter Untersuchungen innerhalb der Dresdener Bevölkerung behauptet wird. So fanden sich beispielsweise unter den fast 1000 Angehörigen der Dresdener Straßenbahn über 20 Zentimeter lange Köpfe bei 25 Proz. der leitenden Beamten, 11,4 Proz. der Kontrolleure, 5,2 Proz. der Schaffner und 3,5 Proz. der Fahrer; ferner bei 28,6 Proz. der ordentlichen Professoren der technischen Hochschule. Höse folgert daraus, daß im allgemeinen ererbte höhere Köpfe die Grundbedingung sind für das Aufsteigen tüchtiger Leute in höhere Gesellschaftsklassen. „Was der einzelne Mensch überhaupt ist“, fährt er dann fort, „und was er noch werden kann, das ist er schon bei seiner Geburt. Aus eigener Nachvollkommenheit können wir auch nicht um Haarsbreite über die uns von der Natur durch Vererbungsanlage festgesetzten Grenzen hinaus. Die Grundlage jeder guten Erziehung ist die gute Zeugung.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht sich veranlaßt, diesen Darlegungen die Bemerkung zuzufügen: „Diese goldenen Worte Höses können nicht eindringlich genug dem Bewußtsein unseres Volkes eingeprägt werden. Sie ergeben auf Grund eingehender wissenschaftlicher Forschungen ein antisozialistisches Argument von niederschmetternder Gewichtigkeit.“

Wenn diese Schlussbemerkung für irgend etwas ein „Argument von niederschmetternder Gewichtigkeit“ ergibt, so für die rettungslose Wechseltätigkeit der kurzköpfigen Herren der „Deutschen Tageszeitung“. Daß es in der Welt dumme Menschen gibt, unabhängig von der Rassenfrage, ja sogar in nicht zu geringem Maße sehr dumme, daran zweifelt wohl kein Mensch, geschweige denn ein kritischer Leser der „Deutschen Tageszeitung“. Daß der Grad der Intelligenz in einem gewissen Zusammenhang mit erblichen Faktoren ethnologischer Natur stehen kann, ist so gemein-

Stillschließen. Wie die Untersuchung des Dr. Köpfe oberflächlich und jeglicher wissenschaftlichen Basis entbehrend. Seine übrigens nicht neue Ausmessung eines äußerlichen Kennzeichens und die schablonenhafte Übertragung der gewonnenen Resultate auf die Stellung, die die einzelnen einnehmen, ohne Berücksichtigung der vielen körperlichen, sozialen und anderen Faktoren, die für den Erwerb der Stellung, in der sich die „Kang-“ oder „Kurz-“ Köpfe befinden, maßgebend waren, ist ebenso wertlos, wie eine „wissenschaftliche Untersuchung“, ob die in besser bezahlten Stellungen befindlichen Partisanen, Führer, starke Augenbrauen haben u. dergl. Aber mag man mit der „Deutschen Tageszeitung“ und Dr. Köpfe die Kopfform oder die Kopflänge als ein wesentliches Merkmal für die Intelligenz des Kopfbesizers halten — was in aller Welt hat das mit dem Sozialismus zu tun? Daß unter sonst gleichen Verhältnissen der Intelligente leichter in eine höhere Stellung aufrückt, als der minder Befähigte, ist ein von niemand bestrittener Gemeinplatz. Wohl aber verhindert unsere heutige Gesellschaftsordnung Hunderttausenden der befähigten Köpfe, diejenige geistige und technische Ausbildung zu genießen, die für höhere Leistungen unerlässlich ist. Das beweist „niederschmetternd“ gerade die von Dr. Köpfe aufgemachte Statistik. Denn aus dieser geht hervor, daß der Prozentsatz langer Köpfe (über 20 Zentimeter) bei den ordentlichen Professoren der Hochschule, die sich doch gemeinhin für die feinste Blüte der Intelligenz erachten, kaum größer war, als bei den leidenden Beamten der Straßenbahn und daß sogar von den aus dem Schaffnerberuf hervorgegangenen Kontrollleuten ein Neuntel, nämlich 112 Mann, dieselbe Kopfgröße aufwiesen. Nun ist männiglich bekannt, daß in unferer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung Hochschulprofessor mit verschwindenden Ausnahmen nur derjenige werden kann, der in der Wahl seiner Eltern und Gläubigumstände nicht unvorsichtig war. Die Köpfe Statistik beweist also aufs Schlagende, daß, wenn eine sozialistische Wirtschaftsordnung allen Geborenen die äußerlich gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gewäherte, nicht weniger als 112 Straßenbahn-Schaffner, die heute bestenfalls zu Kontrollleuten aufsteigen, hätten ordentliche Professoren an der technischen Hochschule zu Dresden werden müssen. Dagegen erscheint es noch recht zweifelhaft, ob die 71,4 Proz. der Hochschulprofessoren, die eine kleinere Kopfgröße aufwiesen, dann auch nur Kontrollleute hätten werden können und nicht im ehelichen Stande der Schaffner verbleiben müßten. Jedenfalls ist auch das ein beachtenswertes Symptom für den Wert unserer Wirtschaftsordnung, daß beinahe drei Viertel der untersuchten Hochschulprofessoren nicht zu der Gruppe gehörten, welche die Oberklasse der Intelligenz darstellt. — Wenigstens nach Herrn Dr. Köpfe und der „Deutschen Tageszeitung“.

Verhöhnung und Wohlwollen ist den preussischen Volksschullehrern wieder einmal von der Regierung versichert worden. Von dem Beauftragten des Ministers gegen die Volksschule, der jüngst den Städten verboten hat, in der Befestigung der Lehrergehälter wesentlich über die Sätze der ländlichen Gemeinden hinauszugehen, damit in Derselben die Landflucht der Lehrer nicht zu groß werde. Dieser famose Erlaß des Herrn Stadtbeurtheiler natürlich die Lehrerschaft und der Preussische Lehrerverein entsandte zwei Herren ins Kultusministerium, um dort ihre Beschwerden vorzutragen. Herr Stadt würdige die Herren nicht seiner Gegenwart, sondern sie nahen sich mit dem Ministerialdirektor Schwarzkopf begnügen. Der Herr hat sie dann in wohlwollende Worte förmlich eingewickelt. Der Erlaß des Ministers ist natürlich „nicht verstanden“ worden. Es liegt ihm völlig fern, die Erhöhung der Lehrergehälter zu unterbinden. Der Minister steht im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß die Lehrerbefolgung eine bessere werden müsse und sei bemüht, sie so günstig wie möglich zu gestalten.

Die Lehrerschaft könne betreffs der Neuregelung der Besoldung volles Vertrauen zur Unterrichtsverwaltung haben, die diese Angelegenheit nicht aus den Augen lasse und „unmöglich bald“ in die Wege leiten werde. Bestimmte Mitteilungen darüber, wann die Revision des Besoldungsgesetzes erfolgen und wie sie sich im einzelnen gestalten werde, könnten selbstverständlich noch nicht gemacht werden. Festzuhalten sei, daß die preussische Volksschule als ein Gesamtorganismus aufzufassen und zu behandeln sei, und es müsse daher dafür gesorgt werden, daß kein klaffender Gegenlag zwischen Wert und Leistung der Stadt- und Landschulen entstehe, der bei dem Weiterbestehen der gegenwärtigen Besoldungsverhältnisse sich herauszubilden drohe.

Der letzte Satz enthält das ganze Programm der Studischen Lehrerbefolgungspolitik. Es heißt: Die Lehrergehälter in den Städten dürfen nicht wesentlich höher werden als auf dem Lande, damit Derselben allseit billige Lehrer hat.

Die beiden Vertreter des Preussischen Lehrervereins nahmen, so heißt es in dem Bericht der „Magdeburger Zeitung“, dem wir folgen, aus der Unterredung den Eindruck mit, daß unsere oberste Unterrichtsverwaltung dem Lehrerstande „Verhöhnung und Wohlwollen“ entgegenbringt und beides auch, „soweit es die verfügbaren Staatsmittel gestatten“, betätigen wird.

Der Glaube dieser beiden Vertreter der preussischen Lehrerschaft ist groß, größeren wird man in Israel niemals finden. Wir sind aber überzeugt, daß diese Gläubigen nicht viele Jünger finden werden, weder in der preussischen Lehrerschaft noch sonst in der preussischen Bevölkerung.

Einer im „nobelsten Rod“.

Die „Mannheimer Volksstimme“ meldet, daß bei einer Kontrollversammlung zu Mannheim ein Hauptmann sich erlaubte, den Referenten folgende Ansprache zu halten:

„Es ist da ein Jugendverein gegründet worden von einem gewissen Frank, der sich zur Aufgabe macht, jungen Leuten von 14 bis 15 Jahren den Weg gegen Kaiser und Reich einzupflanzeln. Ich ersuche Euch im eigensten Interesse der jungen Leute, wenn jemand einen Bruder oder Verwandten bei dieser Gesellschaft hat, denselben zu ermahnen, solchen Verkehr zu meiden, da er sich sonst für sein ganzes Leben unglücklich macht. Der Frank ist von Beruf Rechtsanwalt hier, ist da oben bei Gericht, hat bei jeder Verhandlung ein großes, frohes Maul und meint er sei etwas; aber schließlich sind diese Leute doch nichts als Lumpen. Dieser Mensch verdient den Rechtsanwaltsstitel nicht, er ist nicht einmal wert, daß man ihn anspricht.“

Der Herr Hauptmann kann zwar unferen Genossen Front, den das Vertrauen der badischen Genossen ins badische Landesparlament gesandt hat und der in uneigennützigster Weise sich die Förderung der Jugendorganisation angelegen sein läßt, nicht beleidigen. Indes wird es doch nötig sein, ihn begreiflich zu machen, daß der nobelste Rod nicht das Privilegium gibt, Zivilisten ungekränkt zu beschimpfen.

Neues vom Reichsverband.

In Wam besteht seit dem 1. Oktober v. J. ein sehr stark frequentiertes Arbeiterssekretariat, und das mit Wam zu einem Stadtganzen verwachsene Wilhelmshaven hat eine städtische Rechtsanwaltskanzlei für Unbemittelte. Es ist also in dieser Beziehung für unentgeltlichen Rechtschutz reichlich gesorgt, da der, dem das Wamter Arbeiterssekretariat in sozialdemokratischem Geruche steht, sich an der Wilhelmshavener „Blauen“ Anwaltskanzlei Rat holen kann. Nichtsdestoweniger hat die Wamter Wilhelmshavener Ortsgruppe des Reichsverbandes beschlossen, in Wam noch ein „nationales“ Arbeiterssekretariat zu gründen mit dem ausgesprochenen Zweck, das Arbeiterssekretariat des Gewerkschafts-Kartells kalt zu stellen. Räumlichkeiten sind bereits gemietet und auch der künftige „nationale“ Arbeiterssekretär ist bereits ausgesucht. Es ist ein offiziell organisierter Werkmeister, der in seinem fache ganz mächtig sein mag, aber keine Spur von den für einen Arbeiterssekretär unentbehrlichen Kenntnissen besitzt. Er soll nun in Berlin auf Reichsverbandskosten ausgebildet werden und ist am Sonntag, den 4. November, bereits dorthin abgereist. Die Dauer der Ausbildung beläuft sich auf sechs Wochen. In sechs Wochen will also

der Reichsverband einen unerfahrenen Werkmeister zum Arbeiterssekretär dresieren. Der Mann müßte ein noch nie dagewesenes Genie sein, wenn er sich in sechs Wochen die notwendigen Kenntnisse aneignen könnte. Er erhält beiläufig vom Reichsverband 6 M. täglich und seine Familie bezieht den vollen Lohn weiter. Der Mann meint übrigens selbst, wenn er auch dem Posten nicht gewachsen sei, so hätte er doch die Berliner Zeit nicht verloren. Ferner sagte er wörtlich zu seinen Kollegen, er glaube selbst nicht, daß der Reichsverband lebensfähig sei, „weil er mit viel zu verworrenen Ansichten arbeite“.

Denkmalsschmerzen.

Arg in die Klemme geraten sind in Mülheim a. d. Ruhr einige Lieberpatrioten aus Kreiservereinskreisen, die sich durch die Errichtung eines „Kaiser Friedrich-Denkmal“ soeben als „Vandruischer“ produzieren wollten und im Geiste den ersehnten Diebstahl schon im Knapstock wähten. Der allzu aufdringlichen Machern des Denkmaldrummels ist nämlich noch im letzten Augenblicke ein kleines Malheur passiert, obwohl alles wie am Schußrad zu gehen schien. Die erforderlichen Moneten waren unter dem barmherzigen „freiwilligen“ Druck und durch Veranstaltung von allerhand Klümmarrangements größtenteils zusammengebracht oder doch gesichert, die Stadt hatte (durch die blüherliche Massenverbreitung natürlich) den Platz gratis zur Verfügung gestellt und noch ein schönes Schimmeln in dar dazu bewilligt, Gefangene, Militärkapelle und die obligaten weißen Jungfrauen hatten des Anfangs der Vorfestung, die Grundsteinlegung konnte beginnen. Doch, o weh! Eben diese Grundsteinlegung wurde verboten (!), weil die hierzu erforderliche „allerhöchste Genehmigung“ fehlte! — Trotz Briefe und Telegramme nur so hin und hergeschoben waren, und trotzdem die braven Patrioten zweimal telegraphisch während der Anwesenheit des Kaisers in Bonn um eine Audienz nachgesucht hatten, wurde ihnen ebensowenig die erbetene Audienz bewilligt noch die Genehmigung zu der Grundsteinlegung des Denkmals erteilt. Und nun zu all den Umständen hat man noch obendrein den Spott! — Und die Ursache der Verhinderung der Genehmigung? Wie verlannt, soll das Denkmal nicht den Beifall der hierfür maßgebenden Stellen gefunden haben, da nur Reiterstatuen gewünscht werden. Ob das stimmt? —

Die Sache hat aber infolgedessen auch eine ernste Seite, als sie das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen wieder mal trefflich illustriert. Man verkennt nämlich Grund und Boden seitens der Stadtverwaltung, man greift dazu noch in den Stadtkädel, man veranlaßt besondere Lustbarkeiten, alles, um sein patriotisches Herz zu zeigen, und schließlich genügt ein Wort, um alle Vorbereitungen und Arrangements über den Haufen zu werfen. Das ist die bedenkliche Seite an dem sonst zum Gaudium der Mülheimer Arbeiterschaft verlaufenen Denkmaldrummel.

Geistliche Wahlmasche. Der Bezirksrat des Ober-Elsah hatte beschlossen, über die Wahl des Meritalen Dr. Haegh zum Bezirksrat im Kanton Düringen Erhebungen zu veranstalten, da gegen diese Wahl von liberaler Seite Einspruch erhoben worden war. In seiner Sitzung vom Dienstag hat nun der Bezirksrat die Wahl Haeghs für gültig erklärt, weil die in Abrechnung gebrachten Stimmen für Haegh kein anderes Resultat herbeigeführt haben würden. Gegen diese Entscheidung ist Rekurs beim kaiserlichen Rat eingelegt worden. Prinzipiell wichtig ist, daß der Bezirksrat seine frühere Entscheidung, daß jede Agitation während der Ausübung des geistlichen Amtes geeignet ist, eine Wahl ungültig zu machen, aufrecht erhalten hat. Dadurch ist dem Akros bei künftigen Wahlen ein bisher oft angewandtes Mittel der ungesetzlichen Wahlbeeinflussung entzogen worden.

Die Verbote von Kaisertagen werden die Münchener jetzt gewahrt. Etwa hundert preussische „Kriminalen“ sind in die bayerische Hauptstadt eingekerkert. Keilichen Menschenkenntern sind sie, so meint unsere bayerische Partypress, schon auf preussische Schuhschelle erkennbar, obgleich sie in der verschiedensten Gewandung erscheinen. Die „Münchener Post“ ermahnt die mitteilbaren bayerischen Hauptstädter zur Vorsicht beim Bierischgespräch.

Ausland.

Oesterreich.

Die Wahlreformvorlagen wurden vom Abgeordnetenhaus gestern (Donnerstag) in zweiter Lesung weiter beraten. Breiter bekennt sich als Anhänger des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und bekämpft aufs entschiedenste die dem Volentklub gemachten Konzessionen. Hier erklärt, die Wahlreform bedeute einerseits ein Kompromiß zwischen den Wählern, andererseits sei sie nicht frei von Spuren der Vergewaltigung, insbesondere hinsichtlich der Behandlung der Ruthenen. Es wäre jedoch der größte politische Fehler, deswegen die Reform zu verwerfen. Redner verweist ferner auf die die Sozialdemokraten schädigende Wahlkreiseinteilung. Die Sozialdemokraten würden selbstverständlich trotz der der Vorlage anhaftenden Mängel, für die sie nicht die Verantwortung übernehmen, mit Verbesserungsvorschlägen möglichst zurückhalten aber unter keinen Umständen eine Verschlechterung der Vorlagen, insbesondere die Einführung des Pluralitätswahlrechtes zulassen.

Ungarn.

Die Konstitution an der Arbeit.

Nachdem die ungarische Regierung vor einigen Tagen den Streik der Straßenbahnangestellten, der letzten national-patriotischen Arbeiterorganisation, mit Hofensichteln niedergeschlagen hat, glaubt sie nun, die Zeit für ihre arbeitersfeindlichen Aktionen sei gekommen. Die Feudalen der Koalition stehen der Idee des selbständigen Rollgebietes feindlich gegenüber und wollen eher durch eine weitgehende Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitskraft die Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Industrie trotz Weibehaltung des gemeinsamen Rollgebietes heben. Auf diese Weise würden die Merkantilisten der alten liberalen Partei befriedigt und die Interessen der Agrarier geschützt sein — und zwar auf Kosten der Arbeitermassen!

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 3. November gab Justizminister Polonyi die Erklärung ab, daß er auf dem Wege der Strafschlepperei „die organisierte Propaganda“ der Sozialdemokratie, der „gefährlichsten Subversoren“, vereiteln werde. Ministerpräsident Wekerle gab eine gleichlautende Erklärung ab! Die gemeinsamen Anwürfe wurden von ministerieller Seite gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer geschleudert, und notorische Lumpen, wie die Abgeordneten Hodi und Markos, gaben den Ton an für die Wut des ihnen ebenbürtigen Polonyi. Geza Polonyi, der Agent in- und ausländischer Vordelle, der Auswandererförderer für die Hamburg-Amerika-Linie des Norddeutschen Lloyd, mag es, öffentlich die Sozialdemokratie der Beschäftigten zu zeihen! Das ungarische Koalitionskabinett, dessen Willkür bis an den Hals im Schmutz der nationalen Korruption steden, findet einen Kampf gegen alle „internationalen gesinneten“ Elemente der Arbeiterschaft an und als Ziel dieses Kampfes erklärt es die Einführung eines *Ursnamengesetzes*, das geeignet wäre, die ungesetzliche Wirksamkeit des Gesetzes der Nachfrage und des Angebotes als Regulator des Arbeitslohnes herzustellen. Wie ehrlich es die Regierung meint, möge durch folgende Betrachtung illustriert werden: In Ungarn ist seit acht Jahren ein Landarbeitergesetz wirksam, welches den Streik der Landarbeiter mit Verbot belegt. So wurden z. B. im vergangenen Jahre im Bekeser Komitat 873 Landarbeiter zu insgesamt 18 008 Tagen Verbot verurteilt. Im selben Jahre wurden im ganzen Lande circa 5000 Landarbeiter zu insgesamt 300 Jahren Verbot verurteilt! Diese „freie“ Wirksamkeit des Gesetzes der Nachfrage und des Angebotes gedent das Kabinett Wekerle nun noch durch eine Zertrümmerung

der Landarbeiterorganisation zu beschließen, und es sieht nicht zu erwarten, daß die liberale Opposition sich dieser Niedertracht entgegenstemmen wird. Agrarier und Merkantilisten werden sich also in diesem Werke einig finden, wie sie jahrzehntelang innig verschlungen die Verelendung des ungarischen Volkes betrieben haben. Die ungarische Arbeiterschaft wird also den Kampf gegen diese Feinde der Korruption, der Lüge und Heuchelei allein aufnehmen müssen, will sie die innerlich angefaulten Säulen der maggarischen Nationalkorruption gebrechen.

Die konterte Konstitutionsregierung.

Wie selbsterklärt berichtet wurde, ließ der damalige Vorkonstitutionsminister Polonyi, der inzwischen zum Justizminister vorgeückt ist, das Organ der ungarischen Landarbeiter „Bilagsabadsag“ vom 7. Juli mit Verbot belegt, da es angeblich „aufreizende Artikel“ enthielt.

Dieses gelegentliche Vorgehen der Regierung der „nationalen Demokratie“ hat damals im ganzen Lande großes Aufsehen erregt, zumal der in Frage kommende Justizminister noch als Abgeordneter, als ein hürgerliches Blatt wegen der Veröffentlichung einer Rede Polonyis konfisziert wurde, dieses infame Vorgehen der Staatsanwaltschaft wie folgt brandmarkte:

„Das ist der richtige Verfassungsbruch. Der Angriff eines solchen und böswilligen Gesindels auf die hehre Idee. Im 20. Jahrhundert gegen Gedanken und Präventivmaßnahmen zu kämpfen, das ist blöd und schäuflich. Der Gedanke verflücht entweder Wahrheit, dann ist jeder Unterdrückungsversuch vergeblich, oder er läßt, dann gibt es eine andere Art der Revolution. Wenn die Fejerdorische Regierung nur diese eine Sünde begangen hätte, verbiente sie schon aus der Welt geschafft zu werden!“

Die so rauh eingetretene Meinungsänderung überraschte niemand. Polonyis „Rechtfertigung“ im Parlamente fand bei der Koalitionsabende großen Beifall. Daß mehrere Municipien und Advoakatenkammern gegen die Verhöhnung entscheidende Stellung nahmen, ließ die „nationale“ Regierung, obwohl es ihr nicht genehm war, ganz kalt.

Wie dieser wortbrüchlichen Regierung jetzt zu Mute ist, da der Autor des inkriminierten Artikels des „Bilagsabadsag“ kürzlich vom Schwurgerichte zu Budapest glänzend freigesprochen wurde, das ist allerdings eine andere Frage. Denn noch niemals war im klassischen Lande der Korruption ein Gerichtsurteil von solcher Bedeutung wie eben dieses. Man bedenke nur, daß das Justizwesen in den Händen des Herrn Polonyi liegt und daß in solchen Prozessen stets die der Sozialdemokratie gebilligten Richter präsidieren. Da ist es denn geradezu ein Wunder, wenn das Schwurgericht — lauter kapitalistische Elemente — eine bewährte Kraft der ungarischen Sozialdemokratie von der Anklage der Aufwiegelung freispricht, zumal da doch das Massenparlament die Infamie des Justizministers subelnd sanktionierte.

Was für Zustände in Ungarn herrschen und wie man unter dem Regime der „nationalen Demokratie“ in Ungarn verhandelt, darüber gibt der Verlauf der Gerichtsverhandlung klaren Aufschluß:

- Gerichtspräsident Leo Jilivag, ein notorischer Sozialistensprecher, um Angeklagten: „Was waren Sie früher?“
- Angell: „Tagelöhner in Eisenwerken und Mählen. Ich war auch Knecht beim Grafen Karolci.“
- Haben Sie die inkriminierten Artikel geschrieben?“
- Beide schrieen ja.“
- Zählen Sie sich schuldig?“
- Nein!“
- Wissen Sie, weshalb Sie angeklagt wurden?“
- Ich weiß es, der Anklage zufolge hätte ich gegen die herrschende Klasse gehandelt, was jedoch nicht wahr ist.“
- Woher entnahmen Sie den Stoff zur Verarbeitung?“
- Teilweise aus eigener Erfahrung auf der großen Ebene, teilweise aus den an uns gerichteten Briefen.“
- Nun, was haben Sie gesehen?“
- Ich habe auf der Stationierung von Gaba gesehen, daß, als einer jener technischen Arbeiter, die als Streikbrecher befördert wurden, aus der Menge ausstiegen wollte, ihn ein Gendarm mit einer Peitsche zurücktrieb und auf ihn losstieß. . . Auf der Station von Ujverbag wurde während der Weiterbeförderung ein euzenischer Streikbrecher gleichfalls von einem Gendarmen mit einer Peitsche gehauen. In Erdkanniza wurde das Streikflager der Landarbeiter vom Stuhlrichter aufgelöst. Als die Gendarmen die Menge verjagen wollten, warf sich diese zur Erde, worauf die Gendarmen mit dem Gewehrsolden und mit dem Bajonett vorgingen.“
- Auch dies haben Sie gesehen?“
- Nein, dies letztere erfuhr ich von einem glaubwürdigen Manne. Später suchte ich die Stelle persönlich auf und überzeugte mich selbst, denn die Blutspuren waren noch zu sehen.“
- Und was wollten Sie denn bezwecken?“
- Woh die Tatsachen feststellen.“
- Weshalb haben Sie dies gerade im Sommer, während der Erntezeit getan?“
- Was während der Erntezeit geschieht, darüber kann ich doch wohl nicht im Dezember berichten.“
- Lassen wir das also“, brumnte der gut abgeführte Präsident.
- Sie schrieben z. B.: „Der Grundbesitzer und der Arbeiter sind wie Feuer und Wasser; sie werden sich niemals vereinen.“ Weshalb mußten Sie diese armen Leute aufhegen? Doch nicht etwa darum, damit diese auf das „Bilagsabadsag“ abonnierten und Sie dadurch zu guten Gehältern gelangten?“
- Drei! Keiliche Gesichtspunkte werden bei uns gar nicht im Betracht gezogen.“

Diese treffende Erwiderung des Genossen Jocal brachte den Präsidenten so aus dem Häuschen, daß er keine weiteren Fragen stellte.

Wir übergehen das Maidonet des Staatsanwalts und die interessante Rede des Verteidigers. — Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, und so mußte der Präsident betrübten Herzens den Freispruch verkünden.

Schweiz.

Die Regierung selber hat nun die moralische Hinrichtung der Scharfmacher im Kanton Jürich übernommen. Nachdem ein halbes Duzend Männer öffentlich erklärten, daß sie die Justizhausinitiative gegen die Arbeiter nicht unterschreiben haben und ihre Namen daher nur durch Fälschung darunter gekommen sind, hat die Direktion (Ministerium) des Innern in Jürich an alle 88 Mitglieder des Scharfmacherkomitees eine direkte Anfrage gerichtet: wie es sich mit ihrer Unterschrift verhält und ob sie eventuell mit dem Rückzug der Initiative einverstanden wären. Jetzt erfährt man auch, daß der persönliche Ueberer und Oberstabschef dieser Kampagne der Sekretär des Jüricher Gewerkschaftsverbandes, Herr Wood-Junger, ist, der die Hege gegen die Arbeiter und ihre Entrechtung planmäßig betreibt. Es ist nicht unmöglich, daß die Justizhausinitiative das Schicksal der deutschen Justizhausvorlage teilt und auf dem Schindanger verharret wird.

Frankreich.

Sozialistische Gesekentwürfe.

Paris, 8. November. (V. S.) Der sozialistische Abgeordnete Constant hat namens der geeinigten Sozialisten mehrere Gesekentwürfe in der Kammer eingebracht. Einer derselben geht dahin, den Advoakatenstand abzufassen. Ein anderer Antrag verlangt größere Garantien für Kaufmann und noch ein anderer die Bildung von Hilfsklassen zur Verteilung von Unterstützungen an kinderreiche Familien.

England.

Die Neuen Hebriden.

Der Text der Konvention zwischen Frankreich und England betreffend die Neuen Hebriden, welche das Protokoll vom 27. März befreit, ist veröffentlicht worden. In der Konvention wird festgelegt, daß die Neuen Hebriden ein Gebiet einer gemeinsamen Einflußsphäre bilden. Frankreich und England ernennen je einen Oberkommissar. Den Oberkommissaren sind zwei selbstbetreibende Kommissare beigegeben, die erstere bei deren Abwesenheit vertreten.

Norwegen.

Ihre Entlassung genommen haben der Finanzminister Hagerup Bull und der Ackerbauminister Vinje. An ihrer Stelle sind Abraham Berge zum Finanzminister und Svend Karrestad zum Ackerbauminister ernannt worden.

Amerika.

Die Wahlen.

Bei den Wahlen in Pennsylvania haben die „Ver-einigten Bergarbeiter von Amerika“ einen bemerkenswerten Erfolg errungen; zwei ihrer Führer sind in den Kongress und sechs ihrer Mitglieder in die gesetzgebende Versammlung des Staates Pennsylvania gewählt worden; alle acht sind Demokraten.

In Nevada ist eine starke demokratische Strömung hervorgetreten, obgleich die gesetzgebende Körperschaft republikanisch geblieben ist.

In Nord-Dakota und Idaho scheinen die Republikaner gesiegt zu haben.

Nach einem Privattelegramm des „W. T.“ soll in Illinois der erste sozialistische Kongressmann seit Bestehen der Republik gewählt sein. — Hossentlich bestätigt sich diese Meldung.

Druckfehler-Berichtigung: In dem Artikel „Eine Antwort“ muß es in der ersten Spalte, neunter Absatz, Zeile acht heißen statt: „Die Hinrichtung der Jagodja war auch in ihrer Weise berechtigt“, war in ihrer Weise un-berech-tigt.

In der dritten Spalte, zweitletzter Absatz, dritte Zeile von unten muß es heißen statt: „angenommen war“, „wie angenommen werden muß“.

Statt Jagodja ist überall zu lesen Jagodjo.

Gewerkschaftliches.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Arbeiterschaft und die „gelben Gewerkschaften“.

In Augsburg, wo die neue Geweise, das gelbe Gewerkschaftsfeind, zuerst ernstlich in die Erscheinung trat, wird zur Ausbreitung der Krankheit das Nötigste getan. Bisher war es nur gelungen, in der großen Maschinenfabrik einen nennenswerten Erfolg mit dieser neuen Art der Bekämpfung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter selbst zu erzielen. Jetzt, wo es nachgewiesenermaßen in den Reihen der gelben Gewerkschaftler zu Rumoren beginnt, jetzt versucht man sein Glück auch in anderen Fabriken.

In der bekannten Fabrik L. A. Riedinger, sowie in den Vereinigten landwirtschaftlichen Maschinenfabriken Darm. Epple u. Burbaum, auch in der Haindlichen Papierfabrik sind in den letzten Wochen derartige Gründungen versucht worden. Die Veranstaltungen zu den Gründungen sind sicher direkt oder indirekt auf den bekannten Direktor Buz, der Ausschußmitglied des Reichsverbandes ist, zurückzuführen. Wenn auch im allgemeinen nur Gosarbeiter und solche Leute für die Prätorianergarde gewonnen wurden, welche wegen Alters oder Invaldität wo anders keine Arbeit zu bekommen glaubten, so bedarf es doch der größten Aufmerksamkeit und der intensivsten Aufklärungsarbeit, um dieser neuesten Kampfmethode der Mannen des Reichsverbandes mit Erfolg entgegenzutreten. Und daran, dessen sind wir überzeugt, werden es die Organisationen in Augsburg nicht fehlen lassen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der „Regulator“, das Organ der unentwegten Hirsch-Dunderschen Streikbrecher, bringt in seiner Nr. 45 einen längeren Artikel über die Differenz bei Siemens. Auf das Geschwafel einzugehen lohnt sich nicht. Es ist nichts weiter als das krampfhafteste Bemühen, unter den unglücklichsten Verrentungen sich wegen des Streikbruchs bei Siemens zu rechtfertigen.

In Köln haben die Christlichen die Hirsch-Dunderschen ver-hauen. In Berlin unter den Mitglieder der freien Gewerkschaften sind die Hirsch-Dunderschen trotz aller Sünden ja vor solchen Ausfällen geschützt. Wir Wilden sind eben bessere Menschen.

Wir besuchen alle Arbeiter, trotz des Hirsch-Dunderschen Ränke-spiels die Siemens-Betriebe streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband. — Orisvertwollung Berlin.

Die Tarifverhandlungen der Holzarbeiter. Die Schlichtungs-kommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch wieder mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Zum Beweise, daß die immer intensiver werdende Arbeit ihre schädliche Wirkung auf den Arbeiter ausübt, führte Glöde die Krankeisensorten der Tischler-Zimmernstranzenlose an. Während im Jahre 1898 27 Proz. aller Kassenmitglieder krank waren, liegt die Zahl bis zum Jahre 1906 auf 34 Proz. Die Lungentrankeheiten vermehren sich in derselben Zeit von 12 auf 18 Proz. und die Reventrankeheiten von 1,90 auf 5,7 Proz. — Obermeister Kahardt bestritt die Beweisstärke dieser Zahlen und meinte, sie sprächen durchaus nicht dafür, daß die Arbeitszeit verkürzt werden müsse. — Ferner machte Glöde diejenigen Betriebe namhaft, welche heute schon weniger als 52 Stunden in der Woche arbeiten. Es sind deren 161 mit 3141 Tischlergesellen. Die Arbeitszeit bewegt sich von 51 1/2 Stunden bis herab zu 48 Stunden, welche in einem Betriebe mit 9 Gesellen die herrschende Arbeitszeit ist. — Seitens der Arbeitgeber wurde die Nichtigkeit dieser Liste angezweifelt. Sie sagten, auch sie hätten eine Liste der Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit aufgestellt, aber nur halb so viele Betriebe herausgefunden wie die Vertreter der Arbeiter. Die Differenz scheint sich dadurch zu erklären, daß die Arbeitgeber die Gewerkschaften nicht als vollwertige Arbeitgeber ansehen und auch, daß sie die Betriebe mit 51 1/2 stündiger Arbeitszeit gar nicht mitgerechnet hätten. Die halbe Stunde, meinten die Arbeitgeber, läme ja gar nicht in Betracht. Darauf bemerkte Glöde, wenn die halbe Stunde für die Arbeitgeber gar keine Rolle spiele, dann würden wohl weitere 1 1/2 Stunden auch nicht von so erheblicher Bedeutung sein, daß sie nicht bewilligt werden könnten. — Das wollten die Arbeitgeber jedoch nicht zu-gestehen. Obermeister Kahardt sagte, wenn die Arbeitszeit ver-kürzt werde, was ja nur bei gleichzeitiger Lohnerhöhung durch-gesetzt werden könne, dann würden 500—700 Kleinmeister die Wude zumachen müssen. Herr Wry stellte sogar die eigentümliche Behauptung auf, die Verkürzung der Arbeitszeit würde das Heer der Arbeitslosen vermehren.

Während so längere Zeit debattiert worden war und der Wunsch nach Schluß der Debatte über die Arbeitszeit geäußert wurde, stellte Glöde an die Arbeitgeber die bestimmte Frage, ob sie denn überhaupt bereit seien, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu-gestehen. Ueber das Maß der Verkürzung könne man sich ja später einigen, notwendig wäre es jedoch, daß sich die Arbeitgeber jetzt erklären, ob sie im Prinzip für oder gegen die Verkürzung der Arbeitszeit seien. — Die Arbeitgeber antworteten, sie könnten sich in dieser Hinsicht nicht schließen, es müsse erst über die Frage der Lohnerhöhung und Abschlagszahlung gesprochen werden, die ja so eng mit der Arbeitszeitverkürzung zusammenhänge, daß die letztere nicht für sich allein entschieden werden könne. Was die Löhne be-trifft, so meinte Herr Kahardt, er werde beweisen, daß die-selben jetzt schon so hoch seien, daß eine Erhöhung nicht angängig sei. Herr Wry sagte, die Betriebe der Buntschleierei würden unter-leinen Umständen eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen, in anderen Branchen wäre es vielleicht möglich. Es werde ja übrige-nach zum Streik kommen, der Holzarbeiterverband habe

seine Mitglieder nicht in der Hand. In den Betrieben sagen die Gesellen: Gestreift wird unter allen Umständen, wie der Vertrag auch ausfallen möge. Man wolle eben streiken, weil seit zwei Jahren nicht mehr gestreift wurde. — Hierauf erwiderte Glöde: Das Vertragsverhältnis habe doch keinen Sinn, wenn die Arbeit-geber die Verhältnisse nicht berücksichtigen wollen, die sich herab-geändert haben, daß eine Verbesserung des Vertrages notwendig ist. Es sei nicht wahr, daß der Verband die Absicht habe, unter allen Umständen zu streiken. In den Versammlungen des Verbandes sei stets betont worden, daß die Arbeiter Wert auf das Vertrags-verhältnis legen. Was aber schließlich geschehen werde, wenn die Arbeitgeber auf eine Verbesserung des Vertrages nicht eingehen, das sei abzuwarten. Wenn es wahr sei, daß in den Betrieben vom Streik gesprochen werde, dann hätten die Meister dies ver-schuldet, denn in ihrer „Fachszeitung“ hätten sie so geschrieben, daß die Arbeiter glauben müßten, die Meister wollten den E. A. die weiteren Verhandlungen mußten hier abgebrochen werden, weil die Kommission noch eine Differenz zu verhandeln hatte, deren Erledigung nur deswillen sehr lange Zeit erforderte, weil der betreffende Arbeitgeber sich hartnäckig und anhaltend weigerte, den Spruch der Kommission anzuerkennen.

In der nächsten Sitzung wird die Tarifberatung fortgesetzt. Es soll über Lohn und Abschlagszahlung in Verbindung mit der Frage der Arbeitszeit gesprochen werden.

Ueber den Streik der Kammmacher ist zu berichten, daß noch 14 Betriebe mit 186 Arbeitern sich im Aufstande befinden; 12 Be-triebe mit 184 Arbeitern haben bewilligt. Die Fabrikanten, bei denen noch gestreift wird, gehören der „Freien Vereinigung der Haarschneefabrikanten“ an. Der Vorstand dieser Vereinigung hat in einem Rundschreiben an ihre Arbeiter die Forderung abgelehnt mit der Begründung, daß sie der auswärtigen Konkurrenz halber die Forderungen nicht bewilligen können. Demgegenüber sei be-merkt, daß, wenn die auswärtigen Kollegen Lohnforderungen stellen, immer auf die Konkurrenz von Berlin hingewiesen worden ist. — Um Arbeitswillige zu bekommen, suchen die Fabrikanten in den bürgerlichen Mäthern Leute, die gar nicht in der Kammmacher-Ver-seidung wissen, z. B. Mechaniker, Uhrmacher, Drechsler, Graveure usw. und versprechen diesen hohe Löhne. Jedoch währt die Freude nicht lange, denn die so Angeworbenen lösen das Arbeits-verhältnis, sobald sie erst mehr Einblick in die Verhältnisse der Kammmacher bekommen. Die Arbeit ist sehr ungesund und man muß bei den gezahlten Löhnen äußerst intensiv arbeiten. Um die Arbeitswilligen mit den Streikenden nicht in Verührung kommen zu lassen, werden in einer Fabrik die Arbeitswilligen per Kahn nach der Jannowibrücke transportiert. Mit dem Streikposten-schehen haben die Arbeiter einen schweren Stand, denn bei einzelnen Fabriken werden die Streikposten des Tages über mehrmals arretiert und ihnen mit Strafantrag gedroht. Trotz dieser Maß-nahmen und der unwahren Behauptung der Unternehmer, daß bei Firmen, die bewilligt haben, die Arbeiter die Arbeit bedingungs-los aufgenommen hätten, blieben die Streikenden ruhig der Zukunft entgegen, denn das alles sind nur Schreckschüsse, um Uneinigkeit unter den Arbeitern zu stiften. — Bezug von Kammmachern ist von Berlin fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Forderungen der Schuhmachergesellen! Eine General-versammlung des Verbandes der Berliner Schuhfabrikanten be-schäftigte sich gestern abend im „Alfshäcker Hof“ mit den Forderungen der Schuhmachergesellen. Nach längerer Beratung gelangte eine Resolution zur Annahme, in der erklärt wird, daß die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises für die Fabrikanten überhaupt undisfatabel sei und daß auch die geforderte zehnprozentige Loh-erhöhung unter keinen Umständen bewilligt werden könne, weil dies angesichts der Lage des Gewerbes unmöglich sei. Die Beschlüsse soll den Arbeitnehmern sofort mitgeteilt werden. — Die Herren Unter-nehmer wehren sich die Sache hossentlich noch einmal überlegen; die Lage der Schuhmachergesellen gestattet ihnen nämlich nicht, bei den bisherigen Löhnen auszukommen.

Was uns bish noch fehlt!

Für Berlin und die Mark Brandenburg wird vom Berliner politischen Polentomitee ein polnischer Gewerkschaftsverband ge-bildet.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Binnenschiffer.

Zu welchen Mitteln die Schiffsahrtsgesellschaften schon Zuflucht nehmen, um ihre brachliegenden Fahrzeuge zu bemannen, zeigt folgender drastische Vorfall: Ein Bootsmann, welcher in der Ham-burger Strafanstalt „Kuhlbüttel“ eine dreimonatige Freiheits-strafe verbüßte, erhielt kurz vor seiner Entlassung (1) den Besuch des Herrn Gefängnisinspektors, welcher in Begleitung eines Herrn erschien, der sich als Vertreter einer Elb-schiffsahrtsgesellschaft entpuppte. Der Inspektor teilte dem Gefangenen nun mit, daß der ihn begleitende Herr tüchtige Bootskleute suche und er bei demselben sofort nach seiner Entlassung in Dienst treten könne. Auf die Frage des Inhaftierten, wie das komme und bei welcher Gesellschaft die Arbeit zu vergeben sei, wurde ihm erklärt, daß die Bootskleute auf der Elbe streikten und es deshalb an Mannschaften mangelte. Nunmehr betwahrte sich der Gefangene, welcher, nebenbei bemerkt, sich kein entehrendes Ver-brechen hat zuschulden kommen lassen, energisch gegen eine solche Zumutung, worauf der Herr Inspektor ihm bedeutete, wenn er sich noch lange so frech benehmen würde, könnte er noch drei Tage Extravergütung erhalten. Wie weit muß es doch schon mit der Moral der Herren Schiffsahrtsgesellschaften gekommen sein, daß sie schon versuchen, ihre kostbare Ware aus den Gefängnissen zu beziehen.

Von Pontius zu Pilatus geschick.

Auf die von den Bergarbeiterorganisationen im Ruhrgebiet an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtete Eingabe betreffend das Uebersichtswesen im Bergbau und die Sperrmaß-regele der Zechen ist jetzt bei dem Mitgliede der Siebenerkommission, Gewerkschaftssekretär Gammacher, eine Antwort eingelaufen. Es wird darin mitgeteilt, daß der Handelsminister die Eingabe zur „resort-mäßigen Erledigung“ dem Igl. Oberbergamte in Dortmund überwiesen habe. Das Oberbergamt stelle sich auf den Standpunkt, daß es in der Frage der Zechensperrre „unzuständig“ sei und deshalb ein Eingreifen in dieser Richtung ablehnen müsse. In Bezug auf das Uebersichtswesen bemerke das Oberbergamt, es seien „Erhebungen im Gange“, um festzustellen, ob tatsächlich Ueber-sichtswesen im Ueberrmaß verfahren werden. Die von den Organi-sationen geforderte Einberufung des im neuen Vergesetz vor-gesehenen Gesundheitsbeirats solle in die Wege geleitet werden. Für die Zechensperrre ist vermutlich der Bergbauische Verein „zuständig“, dem sich auch die Regierung unterordnen muß!

Grenzfreyheiten zwischen dem Deutschen Metall-arbeiter-Verband und dem Verband der Fabrik-, Land- und Hälfsarbeiter gaben Veranlassung zu einer Konferenz, die im Stuttgarter Gewerkschaftshause tagte. An der-selben nahmen teil die Ortsverwaltungsmitglieder der Stuttgarter Verwaltungsstellen beider Verbände, ferner die Bezirksleiter Vor-sitzer vom Metallarbeiter-Verband und Wörner vom Fabrikarbeiter-Verband sowie die Genossen Käther und Lehmann als Vertreter des Vor-standes der Vereinigten Gewerkschaften. Nach eingehender gegenseitiger Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben: 1. Bei etwa zu stellenden Lohnforderungen oder bei Abwehr-bebewegungen, sei es in einem oder in mehreren Betrieben der Metall-industrie hat die eine Organisation die andere davon in Kenntnis zu setzen und eine Verständigung über die einzuschlagende Taktik herbeizuführen. 2. Der Fabrikarbeiter-Verband unterläßt künftig in der Metall-industrie das Abhalten von Versammlungen und die Kleinagitation zum Zwecke der Gewinnung neuer Mitglieder.

8. Der gegenseitige Organisationsstand muß gegenseitig respek-tiert werden und ist eine Agitation, die darauf abzielt, sich gegen-seitig Mitglieder abzutreiben, zu verurteilen.

Von diesem Uebereinkommen verständigen beide Organisationen ihre Vertrauensleute und Mitglieder.

Der Beschluß hat Gültigkeit für ganz Württemberg.

Eine Notizungung des § 153 bedeutet folgender Fall. Während des Mauerstreiks in Augsburg sang ein auf Ernteeurlaub entlassener Soldat bei einem Bauunternehmer als Streik-brecher zu arbeiten an. Da sagte ein früherer Arbeits-fullege, der nicht streikte, sondern bereits zu den neuen Bedingungen arbeitete, zu dem Streikbrecher, er solle doch seinen Streikbrecher machen, er komme doch wieder vom Militär heraus, er soll sich schämen, später werde er dann darum angehaht. Wegen dieser Worte erhielt der Mauer einen Strafbefehl. Bei Gericht stellte sich heraus, daß der Beschuldigte den Urlaub nicht zur Teilnahme am Streik veranlassen wollte, sondern es wurde ein-wandfrei nachgewiesen, daß der Mauer von seinem Meister bereits vor den unter Anklage gestellten Worten die Zusicherung erhalten hatte, daß er den Ernteeurlaub auch noch einstelle, und mit dieser Zusicherung ging der Mauer erst hin und wollte seinen Freund und Kollegen holen — zur gut bezahlten Arbeit, nicht zum Streik!

Dessen ungeachtet verurteilte das Schöffengericht den Mauer auf Grund des § 153 der G.-O. zu fünf Tagen Gefängnis!

Ausland.

Ausförrung in der Textilbranche zu Paris. Nach einem Tele-gramm aus Paris haben dort infolge von Meinungsverschieden-heiten mit ihren Arbeitern die Besitzer von 22 Fabriken der Tuch-branche, die etwa 8000 Arbeiter beschäftigen, ihren Arbeitern ge-fündigt.

Gesiegt. 2000 Arbeiter der Great Western-Kohlengruben in Pontypidd, die seit dem 1. November die Arbeit eingestellt hatten, um dadurch gegen die Beschäftigung nichtorganisirter Bergarbeiter Protest zu erheben, haben gestern beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, da 800 nichtorganisierte Arbeiter versprochen haben, dem Bergarbeiterverbande beizutreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verunglückte Bergleute.

Breslau, 8. November. (W. T. B.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Königshütte: Heute mittag verunglückten auf dem Ostfelse der „Königsgrube“ beim Abbau drei Bergleute, von denen einer sofort tot war, während ein anderer auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Der dritte Bergmann wurde schwerverletzt ins Knappschaftslazarett gebracht.

Berkasfester Mörder.

Baden-Baden, 8. November. (W. T. B.) Bei der hiesigen Polizei-behörde ist die Nachricht eingetroffen, daß der Mörder der Frau Wolstor in London verhaftet worden ist in der Person des Schwieger-sohnes der Ermordeten, Rechtsanwalts Karl Han aus Bernkastel.

Troppan, 8. November. (W. T. B.) Heute früh blieb der größte Teil der Belegschaft im Hauptschacht in Orlau und heute nach-mittag die Belegschaften des Bettina- und des Leonoren-Schachtes in Domtrau und in der Sophien-Grube in Soremba aus. Der Grund des Ausstandes liegt in Lohnfreistellungen.

Das Arbeitsministerium vor dem Parlament.

Paris, 8. November. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Zur Beratung steht die Arbeitsforderung für das neue Arbeits-ministerium. Mehrere Redner werfen dem Ministerpräsidenten vor, er habe mit der Schaffung dieses Ministeriums als Anarchist gehandelt. Arbeitsminister Viviani führt aus, das Arbeits-ministerium sei gebildet worden, um die Gesetzgebung betreffend die Arbeiter zusammenhängender zu gestalten und um einen sozialen Akt, ein leuchtendes Symbol der Politik zu vollenden. Der Minister fügt hinzu, daß er durch Taten das Vertrauen der Ar-beiter gewinnen werde. (Beifall links.) Seine Pflicht sei es, die Bedürfnisse der Arbeiter voranzusehen, und ihnen die Freiheit zu erhalten. Er werde den Wirkungskreis der Fachvereine erweitern. Auf jeden Fall sollten die Arbeiter wissen, daß ihre Emanzipation nicht durch Katastrophen, sondern durch ständiges Bemühen er-reicht werde. (Beifall.) Er werde vor dem Senat die Forderung der Arbeiter betreffend Einführung des Achtstundentages bekräftigen. Er glaube, daß das Kollektivrecht das individuelle Recht nicht auf-lösen müsse. (Anhaltender Beifall.) Redner fährt fort: Der Kampf zwischen den vom Glücke Begünstigten und denen, die ihr Glück schauen, wird weniger durch menschliches Handeln, als durch die latente Macht der Dinge geschlichtet werden. Wir haben durch unser antikeritales Werk die Lichter am Himmel, dessen Nichtigkeit wir zeigten, ausgelöscht. Doch das Werk ist damit noch nicht vollendet, wir stehen erst an seinem Anfang. (Lebhafter Beifall.) Viviani schließt seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Sozialisten und Republikaner, mitzuarbeiten an den sozialen Re-formen. Der Rede folgte ein Beifallssturm. Der Minister wurde lebhaft beglückwünscht, besonders von Clemenceau. Die Linke be-trugte den öffentlichen Anschlag der Rede. Der Antrag wurde mit 368 gegen 129 Stimmen angenommen. Nach weiterer kurzer Debatte gelangten die Forderungen für das Arbeitsministerium mit 512 gegen 20 Stimmen zur Annahme.

Beendigung des Weberstreiks.

Berlin, 8. November. (W. T. B.) Die Syndikate der Weberarbeiter haben mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Von 1065 Auswärtigen stimmten 727 für den Beschluß. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll am Montag erfolgen.

Dammbruch.

Niva, 8. November. (W. T. B.) Ein Teil der Stadt ist infolge eines heute morgen stattgehabten Dammbruchs überschwemmt. Die Kirchen, Kaffeeen und viele Billen stehen unter Wasser, mehrere Häuser müßten wegen drohenden Einsturzes geräumt werden.

Eine Million Rubel geraubt.

Warschau, 8. November. (Meldung der Petersburger Tele-graphen-Agentur.) Bei der Station Rogow der Warschau-Wiener Eisenbahn wurde heute auf einen Postzug eine Bombe geworfen. Aus dem Zuge wurde annähernd eine Million Rubel geraubt. Viele Personen sollen getötet oder verwundet worden sein.

Attentat auf Polizeibeamte.

Ziffis, 8. November. (W. T. B.) Auf dem Golobinski Prospekt wurde heute eine Bombe geworfen, durch deren Explosion ein Polizei-kommissar, zwei Schutzleute und eine vorübergehende Dame tödliche Verletzungen erlitten.

Ein Riesenbrand.

Hongkong, 8. November. (W. T. B.) Ein Telegramm aus Kanton berichtet, daß dort eine verheerende Feuersbrunst gegen-über der Vorstadt Schamien wüthet, durch die bereits über fünf-hundert Häuser zerstört worden sind. Es wehe ein starker Wind, die Niederlassung der Europäer sei bedroht gewesen, aber jetzt außer Gefahr. Verluste an Menschenleben werden nicht gemeldet. Nach weiteren Nachrichten aus Kanton wüthet dort die Feuers-brunst in unverminderter Heftigkeit weiter; alle Restaurants und Spielhäuser seien vernichtet. Von den ausländischen Schiffen ge-landete Mannschaften beteiligen sich heldenmütig an der Bekämpfung des Brandes.

Statistik der gewerkschaftlichen Zentralverbände in Italien.

Rom, den 5. November.

Auf die Statistik der Landarbeiter-Gewerkschaften und der Arbeitslammern läßt das italienische Arbeitsamt in der letzten Nummer seines „Bollettino“ (Nr. 3 Bd. VI) die der gewerkschaftlichen Zentralverbände folgen.

Im ganzen bestanden Anfang dieses Jahres 25 gewerkschaftliche Zentralverbände mit 2642 Abteilungen und 157 289 Mitgliedern. Im Vergleich zur letzten offiziellen Statistik (2. Halbjahr 1904) ist eine Zunahme der Abteilungen — damals 2280 — und ein Rückgang der Mitgliederzahl — damals 178 333 — zu verzeichnen.

Die folgende Tabelle gibt die Mitgliederzahl der einzelnen Zentralverbände und die Jahreseinnahme des letzten Geschäftsjahres wieder, soweit diese Einnahme mitgeteilt wurde:

Table with 3 columns: Gewerkschaftstyp, Organisierte, and Jahreseinnahme. Rows include Bergarbeiter, Marmorarbeiter, Metallarbeiter, Chemische Industrie, etc.

Das die hohen Einnahmen der Glasfabriken betrifft — beinahe 1/2 Million auf kaum 1000 Arbeiter — so erklärt sie sich daraus, daß diese Gewerkschaft durch den dreijährigen Boykott, den sie über die Unternehmerklasse verhängt hatte, gezwungen wurde, Arbeitergenossenschaften zu gründen, in denen heute etwa 1/2 aller Organisierten beschäftigt sind.

Rur fünf Zentralverbände haben Arbeitsvermittlung, sieben zahlen Arbeitslosenunterstützung (Glasfabriker, Lithographen, Buchdrucker, Gerber, Hutmacher, Riscatto und Seeleute), acht zahlen Reiseunterstützung, eine einzige Krankengelder. Gelegentlich zahlen die Zweigvereine auf Grund ihres besonderen Statuts Unterstützungsgelder. Ein eigenes Gewerkschaftsblatt haben 18 Zentralverbände.

Fassen wir die Ergebnisse der drei offiziellen Statistiken über die in den Gewerkschaften und Arbeitslammern organisierten Arbeiter auf, so ergibt sich:

Summary table showing Landarbeitergewerkschaften (982), Zentralverbände (25), and Arbeitslammern (82) with their respective member counts.

Natürlich ist die Summe der Mitglieder dieser drei Verbände größer als die Summe der Organisierten überhaupt, da die Mehrzahl der Mitglieder der Arbeitslammern auch den Zentralverbänden oder Landarbeitergewerkschaften angehören. Immerhin sind bei den Arbeitslammern auch viele Tausende von Arbeitern organisiert, für deren Beruf kein Zentralverband besteht.

Aus der Partei.

Ein Jubiläum der schwedischen Sozialdemokratie.

Am 6. November d. J. waren 25 Jahre verflossen, seitdem zum erstenmal auf schwedischem Boden für die Sozialdemokratie öffentlich Propaganda gemacht wurde. Der Mann, der dies Wagnis unternahm, war der Schneider August Palm, ein Schwede von Geburt, der aber nach 14-jährigem Aufenthalt in Schleswig-Holstein und Dänemark selbst empfand, daß er seine Muttersprache schlecht spreche.

Palm war mit den sozialdemokratischen Ideen in Hadersleben bekannt geworden, wohin Anfang der siebziger Jahre ein sozialdemokratischer Agitator kam, ein deutscher Pflanzmaler, der in dieser Stadt den ersten sozialdemokratischen Vortrag hielt. Palm konnte dann nach 6 Jahren in Hadersleben bleiben, studierte eifrig die Presse und Literatur der Partei und agitierte für den Sozialismus. In einem Wintertage des Jahres 1877 wurde er ausgewiesen und mußte als lästiger Ausländer innerhalb 24 Stunden Deutschland verlassen. Er lebte dann einige Jahre in Dänemark, bevor er nach seiner Waterstadt Malmö zurückkehrte. Hier war es, wo er am 6. November 1881 die erste sozialdemokratische Versammlung abhielt und über die Frage sprach: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ Ueber die Versammlung, die im Hotel Stockholm stattfand, schreibt er selbst in seinem Buche „Ur en agitators liv“ („Aus dem Leben eines Agitators“):

„Das Lokal war voll besetzt von einem offenbar interessierten Publikum, aber es war überwiegend die Bürgerklasse, die vertreten war, und Lohnarbeiter waren nur wenige anwesend. Die Versammlung verlief gut, und die meisten Zeitungen brachten gute Berichte. Aber wie lange war Adam im Paradies? Ein paar Wochen später lud ich zu einer neuen Versammlung ein, aber nun wurde mir das Lokal im Hotel Stockholm verweigert. Ganz gegen den Wunsch meiner Widersacher wurde diese Lokalverweigerung zum Ausgang einer gewaltigen Agitation. Die Versammlung, die im Hotel Spanig stattfand, zählte 800 Teilnehmer, und hier wurde folgende Resolution angenommen: „Da die Versammlung erkennt, daß die Stellung der Arbeiter nur durch Organisation verbessert werden kann, beschließt sie, einen allgemeinen Arbeiterverein zur Wahrnehmung der politischen Interessen der Arbeiter zu gründen.“

Das war der erste schwache Anfang der sozialdemokratischen Partei Schwedens. Im März 1882 gründete Palm die erste sozialdemokratische Zeitung in Malmö, die jedoch nach einem halben Jahr wieder eingehen mußte. Der Redakteur des Blattes war S. Renander, der jetzt als Mitarbeiter von „Arbetet“ in Malmö tätig ist.

Nach Jahren der Not und Entbehrung zog Palm 1885 nach Stockholm, wo er mit Hjalmar Branting und Axel Danielson zusammentrat. Hier wurde im selben Jahre „Social-Demokraten“ mit einem „Aktienkapital“ von 108 Kronen gegründet. Danielson reiste zwei Jahre später nach Malmö, wo er „Arbetet“ gründete. Er wurde dort wegen eines Angriffes auf die Rechtspflege zu 18 Monaten Strafbauarbeit verurteilt, und diese Strafe führte seinen frühen Tod herbei.

Die dritte sozialdemokratische Zeitung, die in jenen Jahren ins Leben trat, war die „Ny Tid“ in Göteborg. Ihr Begründer, Frederik Starck, weilt auch nicht mehr unter den Lebenden, während bekanntlich Palm und Branting noch mit voller Kraft in der Partei tätig sind, die sich im Laufe der Jahre mächtig entwickelt hat.

Noch im Jahre 1894 zählte die sozialdemokratische Partei Schwedens nur 7000 Mitglieder, 1900 war ihre Mitgliederzahl aber schon auf 40 000 angewachsen und im Frühling 1906 waren es über 70 000. Die Presse der Partei besteht aus vier Tageszeitungen und einer großen Zahl weniger häufig erscheinender Blätter. Sie hat über 100 000 feste Abonnenten. Die Ortsorganisationen der Partei, die „Arbeiterkommunen“, haben große Bibliotheken gegründet, von denen die in Stockholm, die jetzt häßliche Unterstützung erhält, über 16 000 Bände besitzt. Das „Archiv der Arbeiterbewegung“, das von Partei und Gewerkschaften gemeinsam erhalten wird, wird mit jedem Tage wertvoller. Auf sozialdemokratischem Boden arbeitet auch der Rüstungsborden „Verband“, der 14 000 Mitglieder in 300 Logen hat.

Hand in Hand mit der politischen Bewegung entwickelte sich die gewerkschaftliche, die im Jahre 1880 ihren Anfang nahm. Die Mitgliederzahl der der Landesorganisation angeschlossenen Gewerkschaften, die im Jahre 1903 88 743 betrug, ist jetzt auf gegen 120 000 angewachsen.

„Social-Demokraten“ feiert das Jubiläum der Partei in einer großen Extrabeilage, die mit dem Bilde Palms und anderer Pioniere der schwedischen Arbeiterbewegung geschmückt ist.

Gemeindewahlen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Rahlia (Sachsen-Altenburg) wurden am Mittwoch in der dritten Abteilung die Genossen Buchhändler V. Horn und als Stellvertreter Lagerhalter Guido Müller mit einer Mehrheit von 60 Stimmen gewählt. Es zieht somit der erste Sozialdemokrat in das Stadtparlament ein. Bei der vorjährigen Wahl war Stimmengleichheit zwischen dem Sozialdemokraten und dem Bürgerlichen. Da aber der sozialdemokratische Kandidat noch nicht so lange Bürger war, wie der bürgerliche Kandidat, so mußte er damals zurücktreten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Burg (Prob. Sachsen) siegten die vier sozialdemokratischen Kandidaten mit 810 Stimmen gegen 540 Stimmen des Ordnungsbreis.

Bei der letzten Wahl im Dezember 1905 erhielten unsere Genossen 495 Stimmen, die bürgerlichen Kandidaten 465. Die Stimmengahl hat sich also für die sozialdemokratische Liste ganz bedeutend erhöht. Nach jahrelangen Kämpfen können die Sozialdemokraten in das Stadtparlament einziehen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Düsseldorf siegten die bisherigen Zentrumvertreter mit 8000 Stimmen über die Sozialdemokratie, welche 4000 Stimmen erhielt. Die sozialdemokratischen Stimmen zeigen ein starkes Anwachsen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Bochum wurden die Kompromißkandidaten der Liberalen und des Zentrums mit 4887 von 6000 abgegebenen Stimmen gewählt. Die Sozialdemokraten brachten es auf 862 Stimmen. Unsere Genossen beteiligten sich zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Nordhausen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 467—476 Stimmen, die Gegner an 900 Stimmen. Die Stimmengahl der Sozialdemokratie stieg gegen die Wahl vor zwei Jahren um 330 Stimmen.

Die Differenzen in Halle a. S. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Halle a. S. ersucht uns um Abdruck der folgenden beiden Paragraphen aus dem Statut der Hallenser Parteioorganisation. Sie lauten:

§ 15. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins hat bei besonderen Anlässen die Pflicht, sich zu ergänzen und zwar, je nach dem Beratungsstoff vorliegt, mit den Distriktsführern, den Bezirkskassierern, den Redaktoren, den Mitgliedern der Redaktion und des Verlages des „Volksblattes“, der Presch- und Agitationskommission sowie mit Vertretern der in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen.

Ferner aus Delegierten der Distrikte, die in dem Maßstabe gewählt werden, daß auf je fünfzig Mitglieder ein Delegierter kommt. Diese sind zu allen Beratungen zuzuziehen, bei denen es sich um wichtige Parteifragen oder Aktionen handelt.

§ 16. Der Parteivorstand in dieser erweiterten Form hat das Recht der Anstellung qualifizierter Angestellten, wie Parteisekretäre, Redakteure usw. sowie die Regelung der Gehaltsverhältnisse.

Diese Paragraphen halten die Gewerkschaftsvorstände zu Halle bei den Beschlüssen über das Ausscheiden des Genossen Thiele für verletzt, da nur der Kartellvorstand, nicht aber die Vorstände der Gewerkschaftsgruppen und ferner nicht die von den Distrikten zu entsendenden Delegierten zu der betreffenden Vorstandssitzung geladen worden seien. Deshalb seien die Bemerkungen, die der „Vorwärts“ zu der Erklärung des „Vorwärts“ gemacht habe, unberechtigt.

Wir können das nicht anerkennen. Der § 15 sagt lediglich, daß bei besonderen Anlässen der Vorstand auf die eine oder die andere Weise ergänzt werden solle und zwar wird die Art der Ergänzung von dem Beratungsstoff abhängig gemacht. Der Vorstand hat sich in jener Sitzung ergänzt, vor allem durch die Preschkommission und den Kartellvorstand und durfte nach der Art des Beratungsstoffes wohl annehmen, daß diese Ergänzung vollumfänglich genüge. Der Vorwurf, daß er das Statut verletze, ist deshalb durchaus hinfällig. Ob der Gegenstand der Beratungen derart war, daß auch die Vorstände der Gewerkschaften und die Distriktsdelegierten hätten zugezogen werden müssen, das ist die strittige Frage, die der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins verneint und dafür Linn er gute Gründe anführen.

Zum zweitenmale nicht bestätigt wurde der Genosse Christ, der in Waltershausen (Herzogtum Coburg-Gotha) erneut zum hiesigen Senator gewählt worden war.

Ein eingegangenes Parteiorgan. Der Madrider „Socialista“ bringt eine dringende Aufforderung des Genossen Melia, die Abonnementbeiträge und ausstehenden Gelder an die Redaktion der „Revista Socialista“ (wissenschaftliche Monatschrift der spanischen Sozialdemokratie) zu bezahlen, die, weil die Parteigenossen in der Erfüllung ihrer pekuniären Verpflichtungen allzu lässig waren, ihr Erscheinen bis auf weiteres einstellen muß. Den wenigen, die ihre Beiträge schon bezahlt haben, wird der Betrag zur Verfügung gestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein interessanter politischer Prozeß ist gegen die „Königsberger Volkszeitung“ angehängt worden. Sie kritisierte am 6. Oktober das Urteil des Kammergerichts gegen den bekannten militärischen Schriftsteller und Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ Oberst a. D. Gädde. Dem Oberst wurde bekanntlich durch ein Ehrengericht der Oberststiel entzogen. Schöffen- und Landgericht erklärten die Kabinettsorder von 1874, die die Grundlage dieser militärischen Ehrengerichte bildet, für ungültig, das Kammergericht

dagegen für gültig. Jetzt hat der Präsident des Kammergerichts gegen den Genossen Markwald als verantwortlichen Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ Strafantrag gestellt, weil er durch seine Kritik die Richter des Kammergerichts beleidigt haben soll. Da der Wahrheitsbeweis angetreten wird, so dürfte der Prozeß interessant werden.

Soziales.

„Sich bleiben“ — ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung.

Dieser den Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterschaft tragende Paragraph hat vom hanseatischen Oberlandesgericht eine Anwendung gefunden, an die der Gesetzgeber wohl nicht gedacht haben dürfte. Es handelt sich um folgendes: Auf einem Bau in Hamburg war Anfang dieses Jahres ein Zimmermann Lütke beschäftigt, der seinen Kollegen vorpiegelte, er gehöre dem Zimmererverbände an, während dies früher der Fall gewesen ist. Als man dahinter kam, wurde er aufgefordert, dem Verbands gegenüber seinen Verpflichtungen nachzukommen, was L. unbeachtet ließ. Eines Morgens, während der Frühstückspause, soll die Parole ausgegeben worden sein: „Sich bleiben!“ Als der Arbeitgeber hiervon erfuhr, entließ er den L. Dies der Tatbestand, der zur Erhebung der Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung führte, indem eine Bedrohung zwecks Beitritt zum Verbands angenommen wurde. Das Schöffengericht sprach die neun Angeklagten frei, weil weder eine Bedrohung noch Verurteilung vorliege. Die Angeklagten hätten äußerst geschickt operiert, seien aber nicht zu fassen. Das Berufungsgericht war anderer Meinung, denn es verurteilte drei der Angeklagten zu je drei Tagen Gefängnis. Die Angeklagten hätten den L. zum Beitritt zum Verbands zwingen wollen. In den Worten „sich bleiben“ sei die Androhung mit einem Hebel, der Arbeitsentziehung, enthalten, weil die Angeklagten gewußt hätten, daß der Arbeitgeber sich in einer Zwangslage befand und in eine Konventionallstrafe genommen worden wäre, wenn er den Bau nicht zu der kontraktlich festgesetzten Zeit fertiggestellt hätte. Hiermit hätten die Angeklagten gerechnet und vorausgesetzt, daß durch ihr Verhalten der Arbeitgeber den L. entlassen würde. Durch das Verhalten der Angeklagten dem Arbeitgeber gegenüber sollte L. gezwungen werden, einer Vereinigung zum Zweck besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutreten. Gegen dieses Urteil legten die drei Angeklagten Revision ein, welche die unrechtmäßige Anwendung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung rügt, denn es hätte sich nicht um Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt. Mit mehr Recht als die Arbeitgeber schwarze Listen ausgeben, könnten sich die Arbeiter ihre Arbeitskollegen auswählen. An den „tatsächlichen Feststellungen“ der Vorinstanz, daß L. mittels Zwanges bezw. Drohung einem Verbands zur Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zugeführt werden sollte, schiederte die Revision, und ein Verstoß gegen Normen des materiellen Rechts sei nirgends zu erblicken. — Gar verschlungen sind die Pfade, die die Dame Justitia wandelt.

Habt Acht vor Stellensermittlern!

Ein Bekannter übermittelt uns folgende gedruckte Postkarte, die ihm das Landwirtschaftliche Bureau Hermann Conrad, Hamburgerstraße 17“ zugesandt hat:

Berlin, Datum des Poststempels.

H. B.

In bezug auf Beschaffung von tüchtigen Arbeitern für Ihre w. Sauerfabrik teile Ihnen ergebnis mit, daß Sie zu jeder Zeit durch mein Bureau jede Anzahl kräftiger, ordentlicher und arbeitsliebender Leute, als: Hof-, Fabrikarbeiter usw. streng reell und billiger als jede andere Konkurrenz erhalten können.

Die Arbeiter werden durch mich laut Kontrakt fest auf die Dauer der Kampagne engagiert und wird im Kontrakt vermerkt, daß das Reise- und Zehrgeld den Leuten vom Lohne in Abzug gebracht wird.

Für richtiges Eintreffen leiste Garantie, sonst kostenfrei Ersatz.

Indem Ihnen prompte und korrekte Bedienung zusichere, bitte ich, bei etwa eintretendem Bedarf mich gütigst mit Ihrem w. Auftrag beehren zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hermann Conrad, Stellensermittler.

Tel.: Amt III, 5743. Berlin N., Große Hamburgerstr. 17“.

Wir möchten wiederholt dringend vor der Eingehung von Verträgen warnen, die wie die bei Conrad und anderen gewerkschaftlichen Stellensermittlern gebräuchliche — ebenso sieht es mit den Formularen der Landwirtschaftslammern — für die Arbeiter unvorteilhaft ungünstige Bedingungen enthalten. Ein gesetzlicher Schutz gegen diesen Handel mit der wertvollsten Ware, der Arbeitskraft, tut not.

Schuldlosigkeit und Rechtslosigkeit des Gefindes und Landarbeiters.

Das 23jährige Dienstmädchen Sevanance wurde bekanntlich bestraft, weil es in einem beschmutzten Bett nicht schlafen wollte und deshalb die Stelle verließ, dann in den Dienst zurückgeführt und 9 Tage in die Dorfkasse eingesperrt, ihr Vater, der Gläubner war, wurde des Dienstes als Gläubner entlassen, weil er es abschulte, selbst seine Tochter in die Dorfkasse zu sperren. (Vergl. „Vorwärts“ vom 14. August, 9. September, 4. d. M.) Auf ihre vom 28. August datierte Beschwerde an den Minister des Innern hat sie am 30. Oktober, also nach 63 Tagen, folgenden ablehnenden Bescheid des Ministers des Innern erhalten:

Ihre Beschwerde vom 28. August d. J. wird hierdurch zurückgemiesen, da die Angaben über die Beschaffenheit des Polizeigefängnisses in Gr.-Schwanefeld sich bei Prüfung der Verhältnisse als unzutreffend herausgestellt haben.

Der Lebenskelch des bedauernswerten Mädchens ist am 11. November geleert: mit diesem Tage hört das „Dienstverhältnis“ endlich auf. Das Vorkommnis selbst hat in Gr.-Schwanefeld und weit darüber hinaus über den Affenscharakter unserer Gesetze aufflarend gewirkt. Wer sich selbst, sein Kind oder sein Rind vor ähnlichen Ungeheuerlichkeiten bewahren will, schlicke keinen Dienstvertrag ohne die in dem neulich veröffentlichten Formular enthaltene Klausel ab, daß das Dienstmädchen (oder der ländliche Arbeiter) jederzeit den Dienst verlassen darf, aber bei Verlassen des Dienstes ohne Vorliegen eines zum sofortigen Verlassen berechtigenden besonderen Grundes 3 M. Schadenersatz zu zahlen hat.

Das Urteil eines preussischen Amtsrichters über Handhabung des Ausnahmegesetzes für Landarbeiter und das Gefinde vom 24. April 1854.

Auf einem ostpreussischen Gut hatte nach Ansicht des Amtsvorstehers ein Landarbeiter gegen obenbenanntes Gesetz dadurch gefündigt, daß er eines Abends, als der Besitzer ihn nach seiner Stube zu einem Besuche bestellte, diesem Befehl nicht nachkam, weil, wie er vor Gericht behauptete, der Besitzer als gewalttätig bekannt war, und schon öfter Leute unter vier Augen in seiner Stube verprügelt hatte. Er erhielt vom Amtsvorsteher prompt einen Strafbefehl über 10 Mark wegen „Ungehorsams“. Hiergegen legte der Landarbeiter Berufung ein. Dieser Tage fand in Rastenburg vor dem Schöffengericht die Verhandlung statt. Dem Angeklagten, der keinen Verteidiger hatte, gelang es nicht, zu beweisen, daß der Besitzer in seiner Stube jemand ver-

Frügelte hatte. Es wollte dieses immer einer vom anderen gehört haben. Außerdem sagte der Besizer unter seinem Eide aus, daß er zu der fraglichen Zeit krank und hinfällig war und schon deshalb keinen Verprügen konnte, was der Angeklagte auch gewußt haben sollte. Das Gericht hielt daher die Strafe von 10 M. aufrecht. Und der Amtsrichter begründete das Urteil sehr ausführlich etwa folgendermaßen:

Der Angeklagte habe leichtfertigerweise die Berufungsdinstanz beschuldigt, dem Staate Kosten verursacht und die bisher stets geübte liberale Auffassung und Beurteilung des Gerichts zum Schaden anderer Angeklagten gefährdet. Denn das Gericht könnte vielleicht in ähnlichen Fällen nun später etwas vorsichtiger mit Gestattung von Beweisanträgen der Angeklagten sein. Wenn das Gericht trotzdem über das vom Amtsvorsteher festgesetzte Strafmaß nicht hinausgegangen sei, so nur deshalb, weil im Laufe des Sommers dieses Jahres eine Menge Freisprechungen gegen erlassene Strafbefehle der Amtsvorsteher erfolgen mußten, weil zum größten Teil unberechtigte und ungerechte Strafen auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 erlassen und gewissermaßen Mißbrauch mit diesem Gesetz getrieben worden sei.

Wenn schon ein Richter, der die Nichtbefolgung des „Befehls zum Verhör“ als strafbaren Ungehorsam im Sinne des Gesetzes von 1854 erachtet, ein solches Urteil über die Handhabung des Ausnahmegesetzes von 1854 fällt — wie muß dies erst sonst gehandhabt sein. Die Aufhebung der gegen Landarbeiter bestehenden Ausnahmegefesse ist eine der dringlichsten Aufgaben des Gesetzgebers.

Aus Industrie und Handel.

250 Millionen Mark.

Das Kohlenyndikat hat ab 1. April 1907 die Richtpreise für Kohlen um 1 M. bis 1,50 M. und für Koks um 1,50 M. bis 2 M. erhöht. Bei einer Jahresproduktion von 140 Millionen Tonnen Kohlen und 20 Millionen Tonnen Koks würde das eine Mehrbelastung des Konsums von circa 175 Millionen Mark für Kohlen und von circa 25 Millionen Mark für Koks bedeuten, mithin eine Gesamtbelastung von 200 Millionen Mark. Natürlich werden nun auch die Braunkohlenkönige mit Preissteigerung nachfolgen, so daß sich eine Verteuerung der Brennmaterialien — um circa 250 Millionen Mark ergeben dürfte.

Das Wirtschaftsjahr 1905/06.

Der Geschäftsbericht des Handelsvertragsvereins für das Jahr vom 1. Oktober 1905 bis 30. September 1906 beschäftigt sich einleitend mit der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung als Folge der neudeutschen agrarischen Wirtschaftspolitik. Nach Hinweis auf die Preisnot, der Exporterschwerung und der Reichsfinanzreform mit dem reizenden Steuerbulet heißt es weiter:

Trotz alledem befinden sich Handel und Industrie eigentümlicherweise zurzeit in nicht nur erträglicher, sondern großenteils sogar in glänzender Lage, was denn auch von den Agrariern eifrig genug ausgebeutet wird, um urbi et orbi zu verklären, daß unsere agrarisch-reaktionäre Wirtschaftspolitik nicht im geringsten eine Schädigung des Gemeinwohls bedeute. Ein verhängnisvoller Irrtum, dessen Realität sich wohl schon binnen kurzem in hellem Lichte zeigen dürfte! Denn wir können uns nicht verhehlen, daß die gegenwärtige Blüte unseres Wirtschaftslebens, wemochon sie ohne den Hochstand der Technik und der Leistungsfähigkeit von Unternehmern und Arbeitern in Deutschland nicht denkbar wäre, doch in erster Linie nur einer vorübergehenden Gunst der Konjunktur zu danken ist.

Deso ernüchternder dürfte das Erwachen aus diesem schönen Traume sein, wenn — vielleicht nächstes Frühjahr schon — der unvermeidliche Abstieg aus der Höhe der Hochkonjunktur erfolgt und womöglich eine ernsthafte Krisenzeit eintritt. Wenn dann der Abstieg flucht und damit die Fabrikationspreise zurückgehen, während die abnorm gesteigerten Materialpreise, Löhne und Zinsfüße sich in der Höhe zu erhalten bestrebt sind, wenn man dann das Sicherheitsventil des Exportes vergeblich zu erweitern versucht und statt dessen konstatieren muß, daß es verengt worden ist, dann werden sich die Folgen unserer agrarisch-reaktionären Wirtschaftspolitik in schweren Waden schlägen offenbaren, unter denen nicht nur die engeren Kreise von Handel und Industrie und die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt, sondern auch das gemeinsame Wohl der großen Masse des deutschen Volkes zu leiden haben wird.

Auf dem Todesbett. Eine Ueberfülle von Zahlungsschwierigkeiten von größeren und kleineren Firmen müssen wir — schreibt der „Konfessionar“ — in der heutigen Nummer melden. Aus allen Teilen des Reiches und aus den verschiedensten Branchen kommen ganz plötzliche Nachrichten über Zahlungsschwierigkeiten, und die Zahl der Konkurse sei — heißt es weiter — besonders bei kleineren Firmen überraschend groß.

Dividenden. Der Aufsichtsrat der Vordbrauerei, Berlin, bringt 8 Prozent in Vorschlag; bei 298 134 M. Abschreibungen, gegen 243 768 M. im Vorjahre. — Die Thüringische Radel- und Stahlwarenfabrik in Jätershausen schüttet 12 Prozent aus. — Die Aktionäre der Pöfener Spirit- u. S. G. sollen 18 Prozent erhalten. — 15 Prozent schlägt der Aufsichtsrat der Preßhafen- und Spiritusfabrik A. G. in Nürnberg vor. — Die Brauerei Stern A. G., Frankfurt a. M., bringt 13 Prozent heraus. — Für die Aktionäre der Marienhäuser Brauerei in Hamburg sind 10 Prozent in Vorschlag gebracht. — Die Papierfabrik der Schußfabrik A. G., Erfurt, genehmigten sich 19 Prozent.

Stinnes überall. Hugo Stinnes errichtet in Köln eine Verkaufsstelle für den Vertrieb der Erzeugnisse der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft.

Deutsche Gasglühlichtgesellschaft (Auer). Die Gesellschaft will für das letzte Jahr 22 Proz. Dividende zur Verteilung bringen, gegen 20 Proz. für das Vorjahr. Die Lantienemspänger, die im vorigen Jahre nur 69 873 M. erhielten, können diesmal 118 350 M. einstreichen.

Die Koffelbenden. In der Generalversammlung der Union A. G. für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund führte Generaldirektor Rathies u. a. aus:

Im vorigen Jahre habe die Union 11 000 Arbeiter beschäftigt. Die Löhne derselben hätten in diesem Jahre eine durchschnittliche Erhöhung um über 9 Proz. erfahren, was für die Union 280 000 M. ausmache. Die Arbeiter hätten also von dem Gehalt verhältnismäßig mehr bekommen als die Aktionäre, unter denen doch viele seien, die gern etwas mehr gehabt hätten und dies mindestens ebenso gut brauchen könnten, wie die Arbeiter höhere Löhne.

In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres hat die Union einen Mehrerwerb von circa 250 000 M. erzielt. Damit ist das, was die Arbeiter in einem Jahre mehr erhielten — teilweise durch Ueberschlägen — beinahe vollständig wieder eingeholt.

Aus der Frauenbewegung.

Geschlossen.

In Solingen im Rheinlande ist's geschehen. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein von Gräfrath ist geschlossen worden. Im Namen des Königs! Der gefährdete Staat ist gerettet. Das Schöffengericht in Solingen hatte die weltbewegende Frage zu lösen, ob der Verein den Staat in Gefahr bringe. Und da wir bekanntlich sonst nichts fürchten — als das Vereinstrecht der Frau, und die „bösen Weiber“ von Gräfrath das Vereinstrecht übertreten hatten, mußte ganz selbstverständlich der Verein geschlossen werden. Wer weiß, was für Unheil sonst noch passiert wäre. Es genügt, das Verbrechen, dessen die Staatsgefährlichen von Gräfrath angeklagt waren, in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit mitzuteilen, dann

wird klar, daß das Urteil des Schöffengerichts der Zustimmung pflichteifriger — Staatsanwälte gewiß sein kann. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde:

Am 21. Juni fand in Gräfrath die konstituierende Versammlung des Frauenbildungsvereins statt, welche letzterer nach dem Statut die Mitglieder des Vereins belehren und ferner der geselligen Unterhaltung dienen soll, während aber angeblich in dieser ersten Versammlung über politische Fragen gesprochen worden sein soll. Nachdem die Vorstandsmitglieder gewählt worden waren, soll Frau Kaspers aus Solingen über die Ziele der Sozialdemokratie, von Streik und Aussperrung, von Hungerstreik, indirekten Steuern, vom Frauenwahlrecht usw. gesprochen haben. Das Gericht erachtete ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz für vorliegend und verurteilte vier Angeklagte zu je 15 M. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis und erkannte ferner auf Schließung des Vereins.

Ruh: Lieb Vaterland magst ruhig sein!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, 12. November, 8 1/2 Uhr im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, Vortrag Frau Henriette Roland-Holst: „Bürgerliche und proletarische Ethik“.

Weihenau, Montag, 12. November, 8 1/2 Uhr bei Ulrich, Köllnstr. 20, Generalversammlung, Vortrag Gen. W. Jakobson: „Der Haushalt des Körpers“. Verlesen: Erfahrungsberichte.

Charlottenburg, Mittwoch, 14. November, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Rosenstr. 8, Vortrag Gen. J. Vorchardt: „Moderne Erziehungsprobleme“. Erfahrungsberichte.

Versammlungen.

Die Zentralisation der Berliner Krankenkassen

bildet gegenwärtig das Thema in einer ganzen Reihe von Arbeiter-versammlungen.

Am Mittwoch sprach u. a. Arbeitersekretär Bauer über diese Frage in einer Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Buchbinderverbandes. Er schilderte die vielen Schäden, die mit der jetzt im Krankenkassenwesen Berlins herrschenden Zersplitterung verbunden sind; zum Beispiel der Mangel an Leistungsfähigkeit der einzelnen Kassen, der Umstand, daß viele Arbeiter, wenn sie durch Wechsel der Arbeitsstätte gezwungen werden, von einer Kasse in eine andere überzutreten, der höheren Leistungen, die die Kassen bei längerer Dauer der Mitgliedschaft bieten, nicht teilhaftig werden, ja, in gewissen Fällen sogar mit ihren Ansprüchen von der einen wie von der anderen Kasse abgewiesen werden können. Der Redner erwähnte besonders auch die Krankenversicherungsverhältnisse der Buchbinder, und in diesem Punkte wurden seine Ausführungen in der Diskussion ergänzt. Buchbinder, Buchbinderarbeiterninnen und Angehörige der verwandten Berufe, die ihrer Beschäftigung gemäß zur Ortskrankenkasse der Buchbinder gehören müßten, sind in großer Zahl in Buch- und in Steinindustrie, in photographischen Anstalten, ferner in Fabriken verschiedener Art, wie auch in kaufmännischen Geschäften tätig, und nur zu oft handelt es sich hierbei um Saisonarbeit oder Ausstellstellen, so daß sie gezwungen sind, bald der Kasse dieses, bald der jenes Berufes, oder gar dieser oder jener Betriebskrankenkasse anzugehören, was zur Folge hat, daß sie sich in Krankheitsfällen stets mit den niedrigsten Leistungen der Kassen begnügen müssen. Dem könnte leicht abgeholfen werden, wenn die Krankenkassen Berlins und der Vororte zu einer großen Kasse vereinigt würden, wie das in Leipzig und anderen großen Städten geschehen ist. Dadurch könnte auch die Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung erheblich gesteigert werden; es könnten eigene Heilstätten und Erholungsheime für die Versicherten errichtet und ähnliche Vorteile mehr erlangen werden. Gesamtheit hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die Zentralisation der Kassen rundweg abgelehnt, weshalb man jetzt zunächst eine Vereinigung nach Industriegruppen anstrebt, wonach die Kasse der Buchbinder mit denen der graphischen Gewerbe und der Papierindustrie verschmolzen werden soll. Die Behörden pflegen ja nun alle Bestrebungen, die von den von Arbeitern verwalteten Kassen ausgehen, mit schelen Augen anzusehen und verbreiten immer wieder die Behauptung, die Kassen würden zu sozialdemokratischen Zwecken mißbraucht, obwohl doch das nicht der Schatten eines Beweises beizubringen ist. Darum ist es um so mehr Pflicht der Kassenmitglieder, sich um die Verwaltung ihrer Kasse zu kümmern und eifrig teilzunehmen an den Verbesserungsbestrebungen.

In der lebhaften Diskussion, die dem Vortrage folgte, wurden irgendwelche grundsätzlichen Bedenken gegen die Zentralisation nicht laut. Der Vorsitzende Jost von der Ortskrankenkasse der Buchbinder machte darauf aufmerksam, daß sich die Generalversammlung dieser Kasse am 15. November mit demselben Thema befassen wird, und forderte die Mitglieder und Delegierten der Kasse zu zahlreichem Besuche auf.

Die Versammlung nahm einstimmig die von der Zentralkommission der Ortsklassen aufgestellte Resolution über die Vereinigung der Kassen nach Industriegruppen an.

Zu derselben Zeit fand eine Versammlung der Gips- und Zementarbeiter statt, in der Genosse Eugen Brückner dasselbe Thema behandelte. Er erinnerte Eingang seiner Rede daran, daß es nahezu 25 Jahre her seien, als die kaiserliche Hofkammer erließen, welche die Befehle der Versicherung gegen Krankheit, Unfall usw. ankündigte, nämlich am 17. November 1881. Längst hatten die Sozialdemokraten die Regierung zu einer Sozialpolitik aufgefordert, die bessere Befehle bringen sollte, als die vorgelegenen. Nur die Unzulänglichkeit der Befehle veranlaßte die Sozialdemokraten, dagegen zu stimmen. Die große Verantwortlichkeit der Krankenkassengesetze zeigt große Fehler, die endlich auszumergen Aufgabe der organisierten Arbeiter sein muß. (Die staatliche Krankenversicherung ist seit dem 1. Oktober 1884 in Kraft.)

Für die Arbeiter erwachsen mannigfache Nachteile durch die Bestimmungen des Gesetzes, die ihn bald in diese, bald in jene Kasse drängen, und einer Reihe von Einzelklassen ist die Existenz schwer und oft unmöglich gemacht. Eine Zentralisation der Krankenkassen sei dringend zu empfehlen.

Folgende Aufstellung gibt ein Bild von den verschiedenartigen Kassen und der Zahl ihrer Mitglieder. Es gab in Deutschland im Jahre 1905:

4663 Ortskrankenkassen mit . . .	4 750 000 Mitgliedern
8112 Gemeindefrankenkassen mit . . .	1 500 000 „
7490 Betriebskrankenkassen mit . . .	2 500 000 „
57 Baukrankenkassen mit . . .	180 000 „
618 Innungskrankenkassen mit . . .	202 500 „
1431 freie Hilfskrankenkassen mit . . .	875 000 „
186 Knappschaftsrankenkassen	680 000 „

Dazu kommen noch eine Reihe von Kassen, die mehr oder weniger Schwindelkassen sind. Vor diesen Schwindelkassen warnte der Redner die Arbeiter besonders, und die Diskussion zeigte, daß mancher Arbeiter damit schon schlechte Erfahrungen gemacht hatte.

In Berlin bestehen

55 Ortskrankenkassen mit 461 672 Mitgliedern
53 Betriebskrankenkassen . . . 101 668
19 Innungskrankenkassen . . . 68 982

Schon anfangs der neunziger Jahre haben sich die Vorstände der Krankenkassen von Berlin zu mancher Beratung über eine Zentralisation zusammengefunden; es wurde auch einmal eine Kommission gebildet, sich mit diesen Plänen zu beschäftigen, aber es kam zu keinem Resultat. Erst in neuerer Zeit ist die Sache wieder in Fluß gekommen. Am 30. Dezember 1905 wurde der Oberpräsident von Brandenburg um seine Genehmigung zu einem Plan ersucht, die Kassen von Berlin und den Vororten zusammenzufassen. Es erfolgte keine Antwort und auf nochmalige Anfrage im März d. J. kam im

Juni ein ablehnender Bescheid. Redner kritisiert die Begründung, daß die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten zu groß seien. Er erklärt, daß die Generalkommission im Verein mit der Zentralkommission der Krankenkassen dem Oberpräsidenten einen neuen Plan vorgelegt habe, nach welchem für Berlin 8 Gruppen von Ortskrankenkassen gebildet werden sollten. Vor acht Tagen kam der Bescheid, daß auch dieser Vorschlag abgelehnt sei. Jetzt sei es Sache der organisierten Arbeiter, selbst dafür zu wirken, wenn sie die Zentralisation wünschen. In den Generalversammlungen der Krankenkassen sollten dahingehende Vorschläge gemacht werden.

Die Diskussion zeigte, daß die Versammelten mit den Ausführungen des Redners vollständig einverstanden waren.

Die Sektion der Pauer des Zentralverbandes der Maurer hielt am Sonntag ihre Mitgliederversammlung ab. Vom Kassierer Kelpin wurde folgende Abrechnung vom dritten Quartal gegeben: Die Zweigvereinstasse schließt dem Oberpräsidenten einen neuen Plan vorgelegt habe, nach welchem für Berlin 8 Gruppen von Ortskrankenkassen gebildet werden sollten. Vor acht Tagen kam der Bescheid, daß auch dieser Vorschlag abgelehnt sei. Jetzt sei es Sache der organisierten Arbeiter, selbst dafür zu wirken, wenn sie die Zentralisation wünschen. In den Generalversammlungen der Krankenkassen sollten dahingehende Vorschläge gemacht werden.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Am 5. November verstarb unser langjähriges Mitglied, der Buchdrucker-Invalide

Karl Brödler.

Derselbe war uns ein lieber Kollege und werden wir sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kahlower Dorfkirchhofes aus statt. Wärfahrt von Berlin: 2.38 Uhr, Potsdamer Vorortbahnhof. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener gegründet 1883.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Kollege

Georg Veith

(Königsplatz 15) 2630b verstorben ist. 2630b

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rigdors, Hermannstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege

Gustav Piezeit

durch Unfall am 2. November ex. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen, Sonnabend, den 10. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Marien-Gemeinde, Wilhelmberg, Berlin, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 148/12 Der Vorstand.

Zentralkranken- u. Sterbekasse der Tapezierer.

Filiale III, Berlin.

Am 7. November starb nach kurzen schweren Leiden unser langjähriges Mitglied

Friedrich Eichendorf.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Schallbergerstraße 17, aus nach dem neuen Thomas-Kirchhof in Rigdors statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet 179/7 Die Ortsverwaltung.

Daufragung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, des Himmerees

Wilhelm Mahke

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Genossen des Sozialdemokr. Arbeitervereins Weihenau und den Kollegen des Zentralverbandes der Zimmerer unseren herzlichsten Dank. 2632b

Witwe Henriette Mahke nebst Kindern.

Ungar-Wein.

Rot- oder Weißwein, garantiert echt, unverfälscht, mild, angenehm und wohlbekömmlich, frs. Weißer 4 1/2, Roter 3.25, alter Ia 3.50. 2635b

Altena, Vorsez, Ung.

Aufgepaßt!

Noch immer die bill. Bezugsquelle für Monats-Anzüge, Winter-Paletots u. Hosen, von Reisenden und feinsten Kadavieren angefertigt, ebenso neue, sehr sch. u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmüllern nachdenen Herren- und Knaben-garderoben. Große Auswahl in Winterpaletots u. warme Winterjoppen. Ein gr. Post, einzelne Jacketts, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Zu haben bei

Moldauer

Prinzenstraße 64 Ecke Krennstraße, im Laden.

Neu erschienen

sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Briefe und Auszüge aus Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter.

von J. Phil. Becker, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an A. N. Sorge und andere. Preis brosch. 4 M., in gutem Einband 5 M., in einfachem Einband 4 M. Preis 1,00 M.

Ziele und Wege.

Erörterungen der sozialdemokratisch. Gegenwartsforderungen. Unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Clara Zetkin. Herausgegeben von Ad. Braun. Preis 20 Pf.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten

von Morris Hillquit. Autorisierte Uebersetzung von Karl Müller-Berndt. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Geschichte der Kommune von 1871

von Lissagaray. Dritte illustrierte Auflage. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Lessing-Legende.

Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring. Zweite unveränderte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Arbeiter-Notizkalender für 1907.

Preis 60 Pf.

Blut und Eisen, Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit.

Reich illustriert. In fünfzig Lieferungen a 20 Pf. Bisher sind 4 Hefte erschienen. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 237/6*

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 9. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Spernhaus. 2. Sinfoniekonzert der Königl. Kapelle.
Mittags 12 Uhr: Sinfoniematinee.
Schauspielhaus. Berlin.
Neues Schauspielhaus. (Leonora Dufe als Gast.) Labodossa di Jouarre. — La Locandiera.
Deutsches. Ein Sommernachtsstraum. Welches. Schützenlied.
Vorstellung. Undine.

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm. Tessing. Das Blumenboot.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wahner-Theater.) Hofmanns Lächeln.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel'sches Theater.) Weh dem der Lügt.

Neues. Die Condottieri.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen und Ruth St. Denis.
Reichshallen. Krippe.
Lehrtheater. Kufarenfieber.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsches. Amerikanisches. Im wilden Westen.
Der Hauptmann von Köpenick.

Thalia. Wenn die Bombe platzt.
Thalia. Wenn die Bombe platzt.
Bernhard Rose früher Carl Weiß.
Ein Mann aus dem Volke.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Wald. Spezialitäten.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kaffee. Die beiden Champagnol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Prodingmüdel.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.

Urania. Tausendstraße 18/19.
Im wissenschaftlichen Theater:
8 Uhr: Dr. B. Donath: Physikalischer Kursus.
(Stiftungsfonds der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879.)

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Station Zoolog. Garten, Rantstr. 12.
Abends 7 1/2 Uhr:
Schützenlied.
Fritz Werner a. G.

Sonnabend nachm. 3 Uhr Schüler-
vorstellung. Keine Beside: Othello, der
Mohr von Venedig. Abends 7 1/2 Uhr:
Schützenlied. Fritz Werner a. G.

Neues Schauspielhaus.
Freitag, den 9. November:
Der Sturm.
Morgen: Der Sturm.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 114. Male:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Nachtsayl.
Abends 8 Uhr zum 115. Male: Ein
idealer Gatte.
Montag zum 116. Male: Ein
idealer Gatte.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Morgen: Ruth St. Denis.
Sonnabend: Lakmé. Im 2. Akt:
„Cobra“, ausgef. von Ruth St. Denis.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Hoffmanns
Erzählungen.
Abends 8 Uhr: Carmen.

Lorzing-Theater.
Belisairianenstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Undine.
Abonnements gültig.
Sonnabend nachm. 8 Uhr erste
Kindervorstellung: Rotkäppchen.
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Die Fledermaus. Sonntag nach-
mittags: Der Troubadour.

Lustspielhaus.
Zum ersten Male:
Kufarenfieber.
Anfang 8 Uhr.
Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends **Sizilien.**
8 Uhr: Dr. B. Donath:
Physikalischer Kursus.
(Stiftungsfonds der Berliner Ge-
werbe-Ausstellung 1879.)

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Elfe vom Erlenhof.
Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung:
Räuberzucht.
Abends: Elfe vom Erlenhof.
Sonntag nachm.: Romeo und Julia.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Romeo und Julia.

Bernhard Rose-Theater.
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 102.
Täglich 8 Uhr:
Ein Mann aus dem Volke.
Sonnabend 4 Uhr: Frau Holle. M.
Bretze. Sonntag 3 Uhr: Mutter-
liebe. Kleine Bretze.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abends 8 Uhr: Gastp. Ad. Philipp.
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann“ von Köpenick.
Sonntag nachm.: Ueber'n großen
Teich.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage um 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwan in 5 Akten u. Tristan Bernard
und André Gide.
Bicome Robert de Houdan.
Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Der Stellvertreter.

Rixdorfer Theater.
Bergstraße 147.
Sonntag, den 11. November 1906:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwan in 4 Akten von Schönlank.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Montag: Zapfenstreich.
Mittwoch: Teil.

Metropol-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor
Richard Schultz.

H. Bender. J. Glampietro.
J. Josephi. Fritz Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 11. November 1906,
nachmittags 3 Uhr:
Erniedrigte Preise!
Auf in's Metropol!

Apollo-Theater.
Das neue gr. November-Programm.
u. a.: The Deuses und die
Bulldogge in der Küche.
Damen-Flugakt, ausgef. v. 5 Teims-
Truppe. Ein Spaß in der Automaten-
Ausstellung.
Liane d'Ève, Orig. Matijische-Tänzerin.
Die Seldoms. Neue Bilder.
Sonntag, den 11. November, nach-
mittags 3 1/2 Uhr Familienvorstellung.

Passage-Theater.
Heute
das glänzende November-Prgr.
Josefine Dora
mit ganz neuen Schlagern.
Ferner: 3. 1. Mal a. d. Kontinent:
Das Original.
Damen - Jiu - Jitsu
(Japanische Selbstverteidigung)
Ensemble, 3 Herren, 4 Damen.
14 neue erstklass. Nummern.

Gustav Behrens Theater.
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Das vollständig neue
November-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick! Neu!
Großer Lachserfolg.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. (Wahner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Lächeln.
Vollständ. in 4 Akten v. W. Rönge.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Feiler von Schillers Geburtstag:
Zum 1. Male: Fiesko.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Fiesko.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Weh dem der Lügt.
Lustspiel in 5 Akten v. B. Grillparzer.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Feiler von Schillers Geburtstag:
Marla Stuart.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Weh dem der Lügt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.

Zirkus Schumann.
Heute Freitag, den 9. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Das riesige Sensations-Programm.
u. a.: Noch nie gesehene wilde
Dressur:
Mr. Henriksens unerwartet dastehende
größte Tigergruppe
Die Könige der Luft.
Les 5 Alex
Les 5 Piroscoffis
Ferner:
Sämtl. Spezialitäten, Clowns u. Auguste
Um 10 Uhr:
Die große Ausstattungs-Pantomime:
Ein
Tag in Monte Carlo.
Sonntag: 2 Galavorst. nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Schuldig.
Soziales Schauspiel in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Chen- und Vorzugsstellen gültig.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag: Trompeter v. Säckingen.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Notbrücke.

**Walhalla-
Variete-Theater.**
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die vierzehn effektvollen
November-Spezialitäten.
Das schwarze Udel-Quartett
(The Orig. Block Troubadours).
Die kluge Rosa —
Hollands bester Blom-Bretzler
Otto Richard.
Soubrette, der orig. Humorist.
Die biblische Monochordistin
Nelly French.
• Rauchen überall gestattet. •

Theater Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags
bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börso.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der einzig dastehende
November-Spielplan.
u. a.: Dundee-Duo.
Senor und Serad.
Lorey-Trio.
Hollweg Brothers.
Annetta u. Era.
Dazu: Eine vom Ballett. Lust-
spiel.
Familienarten, zum halben Klassen-
preise gültig, in allen Barbier-
Kaffee- u.igarrengegeschäften gratis.

Zirkus Schumann.
Heute Freitag, den 9. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Das riesige Sensations-Programm.
u. a.: Noch nie gesehene wilde
Dressur:
Mr. Henriksens unerwartet dastehende
größte Tigergruppe
Die Könige der Luft.
Les 5 Alex
Les 5 Piroscoffis
Ferner:
Sämtl. Spezialitäten, Clowns u. Auguste
Um 10 Uhr:
Die große Ausstattungs-Pantomime:
Ein
Tag in Monte Carlo.
Sonntag: 2 Galavorst. nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Schuldig.
Soziales Schauspiel in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Chen- und Vorzugsstellen gültig.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag: Trompeter v. Säckingen.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Notbrücke.

**Walhalla-
Variete-Theater.**
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die vierzehn effektvollen
November-Spezialitäten.
Das schwarze Udel-Quartett
(The Orig. Block Troubadours).
Die kluge Rosa —
Hollands bester Blom-Bretzler
Otto Richard.
Soubrette, der orig. Humorist.
Die biblische Monochordistin
Nelly French.
• Rauchen überall gestattet. •

Theater Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags
bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börso.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der einzig dastehende
November-Spielplan.
u. a.: Dundee-Duo.
Senor und Serad.
Lorey-Trio.
Hollweg Brothers.
Annetta u. Era.
Dazu: Eine vom Ballett. Lust-
spiel.
Familienarten, zum halben Klassen-
preise gültig, in allen Barbier-
Kaffee- u.igarrengegeschäften gratis.

Kasino-Theater.
Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr
**Die beiden
Champagnol.**
Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Berliner Prater-Theater.
Kassanier-Allee 7-9.
Premiere: Der Leiermann und sein
Pfegekind.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Geflügel.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Die Grille.
Abends 7 1/2 Uhr: Die Räuber.

Reichshallen.
Täglich:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
Bodenstags
8, Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
Str. 36a.
Direktion Wilhelm Roimer.
Heute Freitag:
Extra-Theater-Abend.
Nochmal!
Die lachenden Erben.
Komödie in 4 Akten von
H. v. Golden.
Sonnab., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sängler
und Tanzkränzen.
Reden Sonnab. Abg. 5, Soabend. 8 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Freitag:
Gustav Gottschalks
populäre Konzerte.
Wunsch-Abend.

Deutschlands Spezialgeschäft
größtes
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
verbindet geg. Nachfrage garantiert
neue und gut erhaltene, gut füllende
Bettfedern v. 1/2 B. 0.35-1.00-1.25;
prima Halbbaunen 1.15; Gänse-
rappfedern 2.00; prima weiche
Gänsehaldbaunen 2.50-3.00-3.50
echt einel. Monopolbaunen
2.25, echt russisch. Matras
vor-Gänsebaunen 2.50
von den Tausen gemüsen 2-4 Uhr.
zum groß. Cobert — Gänsefedern
(1 Kissen) 0.60 per Stück; Gänse-
schlafkissen, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Tausen 2.150.
Freien und Preisliste gratis. Um-
tausch oder Rücksendung gestattet.
Verpackung kostenfrei.
Zehnjähriger Umlauf über 2000
Zentner Bettfedern, von keinem
anderen Bettfedern u. Bett-
federgeschäft erreicht.

WINTER GARTEN
Interessante neue Darbietungen.
Bros. Permann, Exzentriker.
Angenes lobende Kunstwerke.
La Vilma, Sandmalerin.
Das Milimann-Trio, Drahtseilakt.
Stalays Verwandlungsakt:
Die musikalische Schmiede.
„Im sonnigen Spanien“. Englische
Ballettscene, ausgef. von der
John Tiller-Truppe a. London.
The 3 Urma Sisters,
Trapezkünstlerinnen.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
Maria Vincent von der königl. Oper
in Madrid.
Chenoberts Chinesenpuppenspiele.
Clotilde Florido, spanische Tänzerin.
Der Biograph:
1. Wettlaufen.
2. Die Hochzeit im Automobil.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Rezensionsfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Langzeitung: **B. Sachs.**
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 Spezialitäten
Giza u. Blosca!
Verwandlungs-Barleske:
Tänzerin und Waiseurat.
Truppe Sokolowsky.

**Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)**
Theater lebender
Photographien mit
abwechselndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Milnzstr. 16.

Monat-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße 6
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowieki, Prinzenstr. 6.**
2747L* Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Bildschön
ist ein zartes,
reines Gesicht mit rosigen, jugend-
frischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und
blühend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden
allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Sanssouci. Kottbusser
Str. 36a.
Direktion Wilhelm Roimer.
Heute Freitag:
Extra-Theater-Abend.
Nochmal!
Die lachenden Erben.
Komödie in 4 Akten von
H. v. Golden.
Sonnab., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sängler
und Tanzkränzen.
Reden Sonnab. Abg. 5, Soabend. 8 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Freitag:
Gustav Gottschalks
populäre Konzerte.
Wunsch-Abend.

Deutschlands Spezialgeschäft
größtes
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
verbindet geg. Nachfrage garantiert
neue und gut erhaltene, gut füllende
Bettfedern v. 1/2 B. 0.35-1.00-1.25;
prima Halbbaunen 1.15; Gänse-
rappfedern 2.00; prima weiche
Gänsehaldbaunen 2.50-3.00-3.50
echt einel. Monopolbaunen
2.25, echt russisch. Matras
vor-Gänsebaunen 2.50
von den Tausen gemüsen 2-4 Uhr.
zum groß. Cobert — Gänsefedern
(1 Kissen) 0.60 per Stück; Gänse-
schlafkissen, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Tausen 2.150.
Freien und Preisliste gratis. Um-
tausch oder Rücksendung gestattet.
Verpackung kostenfrei.
Zehnjähriger Umlauf über 2000
Zentner Bettfedern, von keinem
anderen Bettfedern u. Bett-
federgeschäft erreicht.

WINTER GARTEN
Interessante neue Darbietungen.
Bros. Permann, Exzentriker.
Angenes lobende Kunstwerke.
La Vilma, Sandmalerin.
Das Milimann-Trio, Drahtseilakt.
Stalays Verwandlungsakt:
Die musikalische Schmiede.
„Im sonnigen Spanien“. Englische
Ballettscene, ausgef. von der
John Tiller-Truppe a. London.
The 3 Urma Sisters,
Trapezkünstlerinnen.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
Maria Vincent von der königl. Oper
in Madrid.
Chenoberts Chinesenpuppenspiele.
Clotilde Florido, spanische Tänzerin.
Der Biograph:
1. Wettlaufen.
2. Die Hochzeit im Automobil.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Rezensionsfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Langzeitung: **B. Sachs.**
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 Spezialitäten
Giza u. Blosca!
Verwandlungs-Barleske:
Tänzerin und Waiseurat.
Truppe Sokolowsky.

**Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)**
Theater lebender
Photographien mit
abwechselndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Milnzstr. 16.

Monat-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße 6
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowieki, Prinzenstr. 6.**
2747L* Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Bildschön
ist ein zartes,
reines Gesicht mit rosigen, jugend-
frischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und
blühend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden
allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
Gebr. Selowsky - Dresden.

Allen Zigaretten - Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige,
bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, un-
veränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirrbrauerei: Mittwoch, den 14. November.
- Treibriemenbranche: Sonnabend, den 10. November.
- Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 15. November.
- Militärbranche: Sonnabend, den 10. November.
- Sinoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 18. November.
- Wagenbranche: Donnerstag, den 15. November.
- Eisenmöbel-Branche: Donnerstag, den 15. November.
- Sektion Charlottenburg: Montag, den 12. November.

Zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen erwartet
158/2 Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 24. November, in der „Neuen Welt“,
Hasenheide 108-114:

Familien-Abend

beranstatet von den 158/3
Verbänden der Sattler, Portefeuller und Vergolder.
Theater lebender Photographien. • Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr. — Eintritt 20 Pf.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.
Billets sind bei den Verklattertrauenleuten sowie im Bureau zu haben.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit.“
Sonntag, den 11. November, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
149/18 Achtung! Die örtliche Verwaltung. Achtung!

Interessenverein der Produzentenhändler und -händlerinnen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 11. November 1906, abends 6 Uhr:

Öffentliche Versammlung aller Produzentenhändler u. -händlerinnen in Willes Festsaal, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Pauli über Feuerbestattung, mit Vorführung eines modernen Krematoriums. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten Teilerhebung.
Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer!
Sonntag, den 11. ds. Mts., vormittags 9 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Sitzungen statt. — Die Kollegen werden ersucht, dieselben zahlreich zu besuchen.
Zu den heute abend stattfindenden Werkstatt-Sitzungen der Bauarbeiter sind die Kollegen verpflichtet, vollständig zu erscheinen, damit die Aufnahme der Statistik eine vollständige und genaue wird.
Montagabend: Kommissions-Sitzung.
Der Obmann.

Tischler-Verein (E. H. 89)

Sonnabend, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Barthol über: Freidenker- und Sozialismus. Vereinsangelegenheiten.
199/10. Der Vorstand.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.

Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. Strong roell. — Billigste Preise.

Billigste Bezugsquelle für Monats-Garderoben.

Die schönsten Herren-Winter-Paletots u. Anzüge in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kasualen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauartanlage, sowie Knaben- u. Burschen-Anzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

H. Kieferbaum, Prinzen-Str. 33.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Oscar Arnold

Hüte, Mützen und Pelzwaren
Engros! Export! Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
Einzelverkauf! zu jeder niedrigen Preisen, circa 100 verschiedene Sorten Kollern mit Stolas in allen modernen Pelzarten.
Großes Lager in Muffen, Kinder-Garnituren, Herren und Knaben-Kragen und Pelzmützen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Montag, den 12. November, im Lokal „Neue Welt“, Hasenheide 108-112:

Außerordentliche General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen u. Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:
Beratung und Beschlussfassung der Forderungen für das Jahr 1907.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

148/13* NB. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher aller Kollegen nach Vereinbarung der Beitragszahlung, im Dezember, zwecks Abtempelung derselben eingezogen werden, und ist es darum notwendig, daß kein Kollege mit seinem Beitrage im Rückstande ist.
Um alle ortsfremden Kollegen stellen wir im Interesse einer regelrechten Abwicklung der Bureauangelegenheiten das Verlangen, gemäß den statutarischen Bestimmungen bei der Abreise sich ordnungsmäßig abzumelden. D. C.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Achtung! Sektion der Fahrstuhlarbeiter! Achtung! Sektionsversammlung.

Sonntag, den 11. November 1906, vormittags 10 Uhr, bei Jannasch, Inselstraße 10:
Tages-Ordnung: 1. Unsere nächstjährige Lohnforderung und unsere Zielsetzung dazu. Referent: Kollege Oskar Böttcher. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Kollegen! Da diese Tagesordnung für uns eine so wichtige ist, so hoffen wir, daß sämtliche Kollegen antwortend sind.

Achtung! Maurer! Achtung!

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.
Bureau: Berlin C. 51, Steinstraße 38. Fernsprecher Amt 3, 3100.
Montag, den 12. November 1906, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

in Kellers großem Festsaal, Joh. A. Freyer, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
Beratung und Beschlussfassung der zu stellenden Forderungen im Jahre 1907.
Kollegen, zu dieser Versammlung sind außer den Mitgliedern des Ortsvereins Berlin alle Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands, welche im Lohngebiet arbeiten, eingeladen mit der Bitte, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. A. H. Heinrich Reyle.

Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Hierdurch wird auf Grund des § 67 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse zurzeit 19 528 Mitglieder hat und nach § 50 des Statuts daher

- aus der Zahl der Kassenmitglieder 195 Vertreter,
- Arbeitgeber 98

für die Jahre 1907 und 1908 neu zu wählen sind. Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet statt am

Sonntag, 11. November 1906, vorm. von 10-12 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, und die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber ebendasselbst am

Dienstag, 13. November 1906, abends von 8-10 Uhr.
Die Wahl ist geheim.

Zutritt zu dem Wahllokal haben nur solche Arbeitgeber resp. deren Vertreter, welche Beiträge an die diesjährige Kasse zahlen, und nur wahlberechtigte Mitglieder der genannten Kasse. Diese haben sich durch das bis zum letzten Zahlungstermin abgegebene Quittungsbuch sowohl bei dem Eintritt in das Wahllokal, wie zur Ausübung des Wahlrechts am Wahllokal zu legitimieren. In diesem Zweck werden die Herren Arbeitgeber ersucht, den bei ihnen beschäftigten Kassenmitgliedern die Quittungsbücher rechtzeitig ordnungsmäßig quittiert auszuhandeln.

Die Kasse ist am Wahltage geschlossen.
Donnerstag, den 1. November, abends von 8-10 Uhr, findet im selben Lokal für die Kassenmitglieder Auffstellung der Kandidaten zur Wahl statt. Legitimation durch Quittungsbuch ist hierzu nicht erforderlich, jedoch ist für die aufzustellenden Kandidaten die Angabe der Nummer des Mitgliedsbuches und der Wohnung sowie Namen und Wohnung des derzeitigen Arbeitgebers notwendig.
Berlin, den 25. Oktober 1906. 277/2*
Der Vorstand. A. H.: A. Dachs, Vorsitzender, Lohsestr. 13. A. Kolpin, Schriftführer, Lohsestr. 23.

Populärer naturwissenschaftlicher Lichtbilder - Vortrag.

Darwinismus und die Kunstformen der Natur (Krypflanzen, Urtiere, Radiolarien usw.)
Nach Professor Ernst Haeckel's berühmtem Bildwerke. Erläuternder Vortrag von Herrn E. Vogtherr.
Heute Freitag, den 9. November, im großen Saal Neue Welt, Hasenheide 108-111.
Abends 8 1/2 Uhr.

Billets kosten 20 Pfennig und sind zu haben: In den Nigarrengeschäften von W. Voerner, Ritterstraße 15; G. Bodden, Kommandantenstr. 62; G. Meus, Wilhelmshagenstr. 61; W. Rietz, Nimmelsburg, Nimmelsburgstr. 23; W. Schroll, Gohlisdorferstr. 29; G. Vogel, Lohsestr. 37; G. Niehm, Bernauerstr. 48; W. Jstema, Antwerpenerstr. 10, und P. Dorich, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Bei G. Prege, Silberdorferstr. 45; W. Wendi, Gohlisdorferstr. 205; W. Krause, Pappel-Allee 15-17; P. Schroll, Landwehrstr. 3. In den Schenkegeschäften von A. Rieburg, Waldstr. 86; W. Witz, Schillerstr. 59; J. Wiedemann, Frankfurter Allee 47; G. Rott, Stragmannstr. 29 und G. Weigt, Koppenstr. 81. 62/19*

Im Auftrage der Freiwilligen Gemeinde: Das Komitee.

Cigarren

in jeder Preislage von 25.00-450.00 M. p. mille
Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 108, 1.
Illustrierte Preislisten gratis und franko.
Kein Laden.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause, Kottbuser Brückenstraße. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpente Her zu passend.
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 595/2*
Fahrtgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

- zum Sonntag, den 11. November.
1. Abt. früh 8 Uhr nach Biesenthal, nachmittags 1 1/2 Uhr nach Buch. Start: Kälberstr. 59.
 2. Abt. früh 7 Uhr nach Rastenberg, nachmittags 1 1/2 Uhr nach Hirschgarten (Waldburg). Start: Urbanstraße 7.
 3. Abt. nachmittags 3 1/2 Uhr nach Johannisberg (Sträger). Start: Kottbuser Platz.
 4. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Hermsdorf (Zorlkau). Start: Kottbuser Platz.
 5. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Franz-Buchholz. Start: „Eisbaun“.
 6. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Alt-Pandberg. Start: Oberbergerstraße 30 (Wienoschloß).
 7. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Sankt-Insel. Start: Köppler Hof.
 8. Abt. nachmittags 2 Uhr nach Schmöllner (Zandouci). Start: Schölerstraße 8.
 9. Abt. nachmittags 1 Uhr: Bobin wird am Start: Schillingstraße 22, bekannt gegeben. 29/8

Montag, den 12. November: **Vorstands-Sitzung.**
Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

„Voran II“

Einkaufsgenossenschaft des „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins“ (Arbeit.-Radfahrer-Bund „Solidarität“).
Heute Freitag, abends 9 Uhr, bei Fritz Wilke, Brunnenstraße 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Geschäftsführers. 3. Geschäftsbericht. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Der Vorstand. 207/17

Ordentliche General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Orts-Krankenkasse

der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin
am Freitag, den 23. November 1906, abends 8 1/2 Uhr,
im Fr. Wilke'schen Lokal, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1906.
2. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des Statuts (§§ 10 u. 12).
3. Verschiedenes.
Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einigkeit in die Kassenbücher notwendig ist, müssen bis zum 18. d. M. mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der General-Versammlung dem Vorstande mitgeteilt werden.
Eine außerordentliche General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber findet gleichzeitig am 23. November 1906, abends präzis 7 1/2 Uhr, in demselben Lokale statt.

Tages-Ordnung:
Erstwahl für ein ausgedehntes Vorstandsmittglied.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist sehr erwünscht.
Das Mandat legitimiert.
Berlin, den 9. November 1906.
Der Vorstand.
G. Siant. 263/3

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung.

General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und der Innungsmitglieder am Freitag, den 16. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Ergänzungswahl zum Vorstande.
In geteilter Wahl sind zu wählen 1 Innungsmitglied und 2 Kassenmitglieder auf die Dauer von 3 Jahren.
3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
4. Wahl von 2 Hilfsarbeitern ev. 1 Kaffierer.
5. Die Zentralisation der Krankenkassen nach Berufsgruppen.
6. Verschiedenes. 277/15

Der Vorstand.

Stola, Muffen, Kolliers

in allen Pelz-gattungen sowie alle sonstigen Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat aus best. Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75
vorm. Hl. 2. Haus v. Thalia-Theater.
Verkauft auch Sonntags, und Wochentags von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Anahme von Reparaturen

Verkauft auch Sonntags, und Wochentags von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Singer & Co., Berlin SW.

Die Wahlmänner-Ergebnisse im dritten Berliner Landtagswahlkreise

Sind noch nicht abgeschlossen, sondern es müssen in verschiedenen Bezirken noch Stichwahlen stattfinden. Diese Stichwahlen finden für die dritte Abteilung am 20. dieses Monats von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr und, da am 21. November Ruhstag ist, am Donnerstag, den 22., für die zweite und erste Abteilung statt.

Bezüglich der Ergebnisse der bisherigen Wahlmänner-Ergebnisse ist in der gefrigen Notiz richtig zu stellen, daß die Freisinnigen in der zweiten Wählerklasse nicht 64, sondern weit über 300 und nach einer Meldung einer Korrespondenz mit den Wahlmännern der ersten Abteilung zusammen 400 Wahlmänner haben.

Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses sollte im Laufe des gestrigen Tages erfolgen.

Ueber ein Wahlkuriosum

bei der Wahlmänner-Ergebnisse der 3. Abteilung wird uns noch nachträglich geschrieben:

Es gab wohl in allen Urwahlbezirken einige Wähler, welche mit ihren amtlichen Wahlkarten, Legitimationspapieren usw. nicht recht Bescheid wußten; auch fanden sich überall Wähler, welche den Namen ihres zu wählenden Wahlmannes nicht gleich nennen konnten, trotzdem sie den betreffenden Stimmzettel in den Händen hatten.

Partei-Angelegenheiten.

Auf zum Protest gegen den Zollwucher!

Am Sonntag, den 11. November, 8 Uhr früh, findet für Groß-Berlin die Flugblattverbreitung statt, in welcher zum Besuch der Protestversammlungen gegen Fleischnot und Zollwucher aufgefordert wird.

Am Dienstag, den 13. November, dem Tage der Reichstagsöffnung, werden in Berlin und den Vororten zirka 80 Versammlungen abgehalten, die sich mit dieser brennenden Frage beschäftigen.

Der Aktionsausschuß.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonnabend, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, veranstalteten die Genossen des Südens im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide 52/53, einen Unterhaltungsabend, bestehend in Konzert, Gesang, Vorträgen, Ball usw.

Sechster Wahlkreis! Schönhauser Vorstadt!

Am Sonnabend, den 10. November, findet in den Gemächern des „Berliner Prater“, Kastanien-Allee 7-9, ein von den Parteigenossen arrangierter Kunstabend statt.

Mahlsdorf, Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schliefe (früher Bernacke), eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Artur Stadthagen über: „Die politische Lage“ referieren wird.

Trebbin (Kreis Teltow). Sonntag, den 11. d. Mts.: Flugblattverbreitung zu der am Dienstag, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ stattfindenden Protestversammlung gegen den Fleischwucher.

Tegel. Am Sonntag, den 11. November, vormittags 11 Uhr, findet im Lokal von Frau v. Reinholdsdorf-West, Eichbornstraße, eine kombinierte Mitgliederversammlung der Wahlvereine Tegel, Waldmannslust und Reinholdsdorf-West statt mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung bei Klippstein.

Bezirk Waldmannslust. Am Sonntag, den 11. November, nachmittags 4 Uhr, findet in Stolpe (Nordbahn) im Lokale der Witwe Bergemann eine Volksversammlung statt.

Hauptstraße, in Waldmannslust im Schweizerhäuschen, in Hermsdorf im Forsthaus und in Hohen-Neuendorf bei Seifert, Karl Ludwigstraße 5. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, sich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird vom nächsten Montag, 12. November, ab nicht mehr in der Lindenstr. 69 abgehalten, sondern

Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belcassiance, Durchgang auch Lindenstraße 101).

Wir bitten unsere Genossen, davon gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Vom Berliner Schulwesen.

Im Schuljahr 1905/06, über das jetzt die städtische Schulpdeputation ihren Jahresbericht erstattet hat, ist die Zahl aller Schulen Berlins auf 423, die Zahl aller in ihnen sitzenden Schüler und Schülerinnen auf 270 525 gestiegen.

An Vielgestaltigkeit läßt das Berliner Schulwesen nichts zu wünschen übrig. Leider beginnt schon auf der alleruntersten Stufe eine Scheidung, so daß wir nicht einmal eine Gemeinsamkeit wenigstens des Elementarunterrichtes haben.

Der Jugend ein Vorbild!

Die Schule soll nicht lediglich „unterrichten“, sondern vor allem erziehen. Sie wird aber einen erheblichen Einfluß auf unsere Kinder nur dann ausüben, wenn sie ihnen Lehrer und Lehrerinnen setzt, die selber Vorbild und Muster für ihre Zöglinge sein können.

Der schulpflichtige Kinder hat oder der eigenen Schuljahre sich erinnert, weiß nur zu gut, daß von den Lehrern und Lehrerinnen mancher und manche sehr wenig dieser Forderung entsprechen.

Der „Vorwärts“ hat es von jeher zu seinen Aufgaben gezählt, Mängel des Unterrichtswesens aus dem Dunkel der Schulstuben in das Licht der Öffentlichkeit hineinzutragen.

Ein Mann mit solchen Manieren ist nicht geeignet, als Vorbild für die Jugend zu dienen. Die Klage, die uns zugegangen ist, hebt hervor, daß die Schimpfworte aus der Schule mit

nach Hause gebracht worden seien und daß erst dadurch die Schimpfwörter der Herrschaften zur Kenntnis der Familie gelangt seien.

Das Kuratorium der städtischen Heilmitteln hat in seiner jüngsten Sitzung zu den Anträgen des Genossen Dr. Wehl hinsichtlich einer Ausgestaltung der diätetischen Ernährungs- und hydropathischen Wasserbehandlung in den Heilmitteln endgültige Beschlüsse gefaßt.

Uns rüchelt auf die in Malchow ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird beschlossen, den Pflanzlingen der Heilmitteln Malchow nur Milch aus Buch zur Verfügung zu stellen, trotzdem nach ärztlicher und tierärztlicher Auffassung durch Abkochen die Milch seuchenverdächtige Tiere unschädlich gemacht werden kann.

Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus. Die städtische Hochdeputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den Entwürfen für den Erweiterungsbau des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus.

Neue Forderungen an Berlin. Die in Aussicht gestellte Entschädigungslage der östlichen Vorortsgemeinden wegen Entziehung des Brunnenwassers durch die Tiefbrunnen der Stadt Berlin hat zur Folge gehabt, daß der Grundbesitzerverein von Buch, wo Berlin seine großen Anlagen erbaut hat, in seiner letzten Sitzung zu dem Plane der Stadtgemeinde, auch in dem nördlichen Vorort Tiefbrunnen anzulegen, Stellung nahm.

Einen unentgeltlichen Kursus der Säuglingspflege für Frauen (wöchentlich 2 Stunden, Dauer des Kurses 3 Wochen) wird Dr. Zugenreich in der städtischen Säuglingsfürsorgeanstalt, Berlin N., Panitzstr. 7 am Montag, 12. November, 6 Uhr beginnen.

Eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften findet vom 18. bis 20. Dezember im Saale III des Gewerkschaftshauses statt.

Ein Wiederaufnahmeverfahren hatte der zum Tode verurteilte Raubmörder Rudolf Hennig beantragt. Der Antrag stützte sich hauptsächlich auf den ominösen „Frenz“, der nach Hennigs Behauptung der eigentliche Mörder des Kellners Gierwol sein soll.

Wer arbeiten will, der findet immer Arbeit, philosophieren unsere Spießbürger, wenn sie bei vollbesetzter Tafel sitzen und in animierter Stimmung über Arbeiterfragen lammegieren.

Das leidige Anhängen von Kindern an Wagen hat wieder einmal den Tod eines Kindes herbeigeführt. Vor dem Grundstücke Hohenzollerndamm 8 hatte ein mit Sand beladener Lastwagen gehalten und während der Ausräucher auf den Bau hinausgegangen war, spielten mehrere Kinder an dem Fuhrwerk herum.

Dieses schwere Unglück sollte die Eltern von neuem veranlassen, ihre Kinder auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die durch das Anhängen derselben an Wagen entstehen können.

Von einem Radfahrer überfahren und tödlich verletzt wurde gestern Abend der Invalide Gabriel aus Pantow. An der Chaussee-straße wurde er von einem Radfahrer umgestoßen und mit solcher Wucht auf den Kopf getroffen, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt und in völlig hoffnungslosem Zustande nach der Charité gebracht wurde.

Interim-Geldschrank begraben. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Morgen in der Geldschrankfabrik „Panzer“ in der Badstraße. Mehrere Arbeiter waren beim Transport eines der schweren Schränke beschäftigt, dabei stürzte der Schrank plötzlich um und fiel auf den Schädel des Arbeiter Friedrich Hoyer, 38 Jahre alt. Dem Unglücklichen wurde das Bein vollständig zerquetscht, der Oberkörper dreimal gebrochen und der rechte Arm schwer verletzt. Er fand im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme.

Ein Leichenfund, der noch der Aufklärung bedarf, wurde in der gestrigen Nacht auf der Stettiner Bahn gemacht. Ein revidierender Beamter entdeckte zwischen den Wägenhäusern 75 und 76 etwas abseits der Schienen die Leiche einer etwa 50 Jahre alten Frauensperson. Anscheinend handelt es sich um eine Berliner, denn in der Nachfolge der Leiche wurde eine Eisenbahnfahrkarte 3. Klasse von Berlin nach Stettin vorgefunden. Ein wildledernes Beutelportemonnaie, das man im Wespel der Unbekannten fand, enthielt 283,66 M. Ob die Frau nur durch einen verhängnisvollen Zufall aus dem Zuge herausgestürzt ist, oder ob sie von dritter Hand gewaltsam aus dem Wagenabteil herausgeholt worden ist, bedarf noch der Feststellung. Der Tod ist bei der Unglücklichen durch einen Schädelbruch herbeigeführt worden. Der Kleidung entsprechend gehört die Unbekannte, eine Blondine, den besseren Ständen an. Jemand welche Papiere oder sonstige Gegenstände, die zur Aufklärung der Personallisten dienen könnten, wurden nicht vorgefunden.

Das Luisen-Theater hat zur Abwechslung zu einer Posse gegriffen und bringt neben der auch noch auf dem Spielplan stehenden extra für's Luisen-Theater zurechtgeführten Schauer- resp. Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ die Leon Treptow'sche Gesangsposse „Platte Weiber“ zur Aufführung. Diese Posse, die vor mehr als einem Dutzend Jahren über Berliner Bretter ging, ist natürlich entsprechend modernisiert, und es sind den Kalauern des Stückes einige neue Coupletts ohne große Mühe eingefügt. Und was heute seiner Bühne mehr fehlt, die Hauptmännlein von Köpenick, war auch schon „ins Stück“ hineingearbeitet durch das Couplet: „So was kann doch nur in Köpenick passieren.“ Erst die Spieler mußten aus den „Platten Weibern“ etwas machen, von denen Herr Güner als Onkel Kolke, Frau Käthe Wille-Wach als Uebele Alsen, sowie die Herren Neves und Wendt alias Herr Direktor Fischer als das Brüderpaar Paul und Peter Fischer besonders zu erwähnen sind.

Heber das von uns gestern gemeldete Feuer in der Zeitwergstraße 21 wird heute berichtet, daß die Inhaberin der Wohnung, in der das Feuer ausbrach, nicht mit einer gefälligen Nachbarin plauderte und so die Aussicht der Wohnung vernachlässigte, sondern daß sich dieselbe währenddessen in der Wäscheküche befand und erst von Mietern geholt werden mußte.

Feuerwehrbericht. Grober Unfug lag wieder einmal einer Feuermeldung zugrunde, die nachts um 3 Uhr die erste Kompanie nach der Elbingerstraße am Arnswalder Platz rief. Der Löcher war unerkannt gekommen. Der 12. Zug wurde nach der Kurfürststr. 46 gerufen, wo nachts um 1 Uhr ein Mädchen aus dem Fenster zu hüpfen drohte. Es gelang, das Mädchen von seinem Vorhaben abzubringen. Der 11. Zug wurde um Hälfte der einer schwerkranken Frau am Planufer 3 gerufen. Als Samariter der Wehr dort ankamen, war die Frau schon verstorben. Nach der Reinickendorferstraße 86 am Weddingplatz, dem früheren „Kohlenlopf“, wurde am Mittwoch der 16. Zug innerhalb 24 Stunden zum drittenmal gerufen. Es handelte sich um vorzügliche Brandstiftung. Stroh, Matratzen und anderes war dort in Brand gesetzt worden. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Wegen einer Gasvergiftung rückte der 7. Zug nach der Frankfurter Allee 187b aus, konnte die Person aber nicht mehr retten. Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren erfolglos. Ferner hatte die Wehr in der Reuen Schönhauserstraße 1, Fischestr. 30, Weinmeisterstr. 1, Gartenstr. 103, Jägerstraße 65 von 1. u. 2. Gardinen, Möbel usw. brannten, zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises am Wittenberg-Platz 4 (Ecke Bayreutherstr. 8) stellt es sich als notwendig heraus, die Vermittlungszeiten zu teilen, da die Wartezimmer, bei dem großen Zuspruch, dessen sich diese jetzt ein Jahr bestehende Einrichtung erfreut, sonst nicht mehr ausreichen. Die Vermittlungszeit für **W a s c h -** und **R e i n m a c h f r a u e n** ist deshalb für die Vermittlungsfunden von 9-12 Uhr angesetzt, außerdem wird es aber den Arbeitssuchenden angeheimgestellt, am Abend, kurz vor Schluß der Geschäftsstelle, noch einmal nach Beschäftigung anzufragen. Für jugendliche Dienstmädchen unter 16 Jahren findet in Zukunft die Stellenvermittlung nachmittags von 3-5 Uhr statt.

Friedrichsberg.

Gasvergiftung. Ein Opfer ihrer Unachtsamkeit wurde gestern das vierzehnjährige Dienstmädchen Elise Schönebeck, die bei dem Rentier Rosenthal in der Wägelstraße bedienstet war. Sie hatte vergessen den Hauptkahn zu schließen, ein Schlauch, der zum Kochapparat führt, löste sich und das Gas strömte ungehindert in die Küche, die dem Mädchen als Schlafraum diente. Als die Herzkraft gestern früh das Mädchen wecken wollte und keine Antwort erhielt, rief sie Frau Rosenthal der Ursache nach und fand das Mädchen als Leiche im Bett. Die von der sofort herbeigeholten Feuerwehr und einem Arzte angestellten Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg, das Mädchen war der Gasvergiftung bereits erlegen.

Wilmerdors.

Das auch die Wilmerdorscher Arbeiterschaft reges Interesse für künstlerische Darbietungen zeigt, bewies der überaus starke Besuch des vom Wahlverein am vergangenen Sonnabend in dem großen Saale des Luisenpark arrangierten Beethoven-Abend. Herr **R e s s e n b e r g** hatte sich zur Aufgabe gemacht, in einem einheitlichen Programm den großen Genius der Musik dem Verständnis der Versammelten nahe zu bringen. Eingeleitet wurde der Abend durch einen Vortrag des Genossen **K i e f e r**, der einen kurzen Lebensabriß Beethovens gab. Nach dieser Einleitung kam Beethoven selbst zu Wort und mit ihm das erste Konzert; die Sonate für Violine und Klavier op. 24 mit reinen und wunderbaren Adagio, von Herrn **R e s s e n b e r g** und Herrn **W e y e r** einwandfrei ausgeführt, gab der Veranstaltung die künstlerische Weihe. Beethoven'sche Kompositionen meist Goethe'scher Lieder, von Fräulein **D y f e r** mit herrlicher Stimme und ergreifendem Ausdruck zu Gehör gebracht, und nach diesen die Sonate op. 110 von Herrn **R e s s e n b e r g** auf dem klavieren hervorragend gespielt, zum Schluß noch eine Sonate für Violine und Klavier, in der Herr **W e y e r** als glänzender Virtuose sich zeigte, gaben diesem Abend einen würdigen und reichen Inhalt. Der Rezitator Herr **R u n d e r t** trug Gedichte von Goethe, Lenau und Grillparzer, die alle mehr oder weniger innige Beziehungen zu Beethoven hatten, in feinsinniger Weise vor.

Die tiefe Stille bei allen Darbietungen sowie der reiche Beifall zeigten, daß der Versuch, die Arbeiter in die große Welt Beethovens zu führen, vollauf geglikt ist.

Brig-Vorkow.

In der am Dienstag stattgefundenen Wahlvereinsversammlung hielt Genosse **D r. V o r g a r d t - C h a r l o t t e n b u r g** einen interessanten Vortrag über „Demokratie und Wahlrecht“. Redner bemerkte, nachdem

er die verschiedenen Wahlsysteme zum Landtage, zu den Gemeindevertretungen und zum Reichstage erläutert hatte, daß unserer Partei von den Gegnern nicht mit Unrecht vorgeworfen werde, daß sie an un-demokratischen Einrichtungen festhalte. Er führte als Beispiel die Delegiertenwahlen zum Parteitag an und fand es bedenklich, daß selbst die Vertretung auf den Generalversammlungen unseres Zentralwahlvereins keine proportionale sei. Der Vortragende behauptete, daß die Delegierten des Briger Vereins gegen die Proportionalwahl zu den Generalversammlungen gestimmt haben. — Genosse **H ä n d e l** verteidigte den Standpunkt, den die Vertreter der kleinen Vereine zu dieser Frage eingenommen hatten, indem er anführte, daß in den kleinen Orten dieselbe Arbeit geleistet werden müsse, wie in den großen und daß bei einer proportionalen Vertretung die kleineren Orte leicht majorisiert werden könnten. — Zu der am 11. November stattfindenden **G e m e i n d e w a h l** wurde, nachdem die Genossen **H ä n d e l** und **K i n n u r** auf die Bedeutung dieser Wahl für die Arbeiterschaft hingewiesen hatten, auf Vorschlag des Vorstandes der Genossenschaft **B e h n i s c h** ein Kandidat aufgestellt. — Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den 11. d. M., eine Flugblattverbreitung am Dienstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Postfächer's Lokale eine Protestversammlung gegen den Preiswucher stattfindet. Auch wies derselbe darauf hin, daß verhältnismäßig wenig „Vorwärts“-Abonnenten im Orte vorhanden seien, und ersucht um regere Agitation für den „Vorwärts“.

Parteiengenossen! Heute nachmittags von 3-6 1/2 Uhr findet die **G e m e i n d e w a h l** im Ort statt. Tut Euch Schandigkeit! Strömt in Massen zum Wahllokal! Nur wenn jeder ohne Ausnahme seine Pflicht tut, wird dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem Genossen **R i c h a r d B e h n i s c h** zum Siege verholfen!

Dies gilt insbesondere auch für diejenigen Wähler, die im Laufe des Jahres aus Brig verzogen sind, denn wahlberechtigt sind alle, die in der im Januar aufgestellten Wählerliste eingetragen sind. Die Wahl findet mittels Legitimationskarten statt, welche den Wählern vom Gemeindebureau vorher zugestellt wurden. Für diejenigen Wähler, welche eine solche Karte nicht erhalten haben oder denen die Karte abhanden gekommen ist, dient die Steuerquittung als Legitimation.

Treptow-Baumschulweg.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Treptow bei Köblau erläuterte Genosse **B r a m e n z** den Bericht aus der Gemeindevertretung. Er erläuterte die bereits mitgeteilten Vorlesungen und charakterisierte den in der Gemeindevertretung vorherrschenden Geist. Insbesondere hob er hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion in Betracht der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindegelöhnten eine Vorlage eingereicht hat, welche die Beseitigung der bestehenden Zustände fordert. Unter anderem werden auch Sommerurlaub und Errichtung von Arbeiterausläschen gefordert. Redner gliederte die Einwände der Gegner hierüber, die gemeint hätten: die Arbeiter wären doch immer in der Luft und bräuchten daher keinen Sommerurlaub. Gegen die Errichtung von Arbeiterausläschen habe sich der Fabrikbesitzer **G r ä y** gewandt, dessen Betrieb, so lange Arbeiterausläschen vorhanden sind, fortgesetzt von Streiks heimgesucht werde. In der Diskussion kennzeichnete Genosse **H o f m a n n** die eigentümliche Verichterstattung des „Treptower Anzeigers“ über die Gemeindevertreterwahlen. Auch bemängelte er, daß bisher noch kein antiker Bericht der Schulärzte veröffentlicht worden sei; die Einwohnerzahl habe sicher ein großes Interesse daran, etwas über die gesundheitlichen Zustände zu erfahren. Genosse **K e u g e l b a u e r** gab den Gemeindevertretern auf, dahin zu wirken, daß in der Eisenstraße auch eine Bedürfnisanstalt für Frauen errichtet werden möge. Genosse **B l o d** hielt alsdann einen kurzen interessanten Vortrag über die Organisation. Zum Schluß machte Genosse **R ü n i g** noch auf die bevorstehenden Protestversammlungen gegen die Fleischsteuerung aufmerksam und forderte zur regen Mitarbeit für die Partei auf.

Grünau.

Sein II. Stiftungsfest feiert am morgigen Sonnabend im Restaurant **D u f f a n d o u r** der Gesangsverein „Sangeslust“. Genannter Verein hat der organisierten Arbeiterschaft bei ihren Festen stets bereitwillig zur Verfügung gestanden; es wird deshalb auch von den Genossen erwartet, für den Besuch des Festes zu agitieren.

Neuenhagen (S-Bahn).

Am Sonntag, den 11. November, findet im Lokal von **W ü n s c h e**, Bahnhofstraße, eine vom Gewerkschaftsstellvertreter für Neuenhagen und Umgegend einberufene Versammlung statt, in welcher der Gewerkschaftssekretär **B i n l** über Bauarbeiterlohn und Arbeiterversicherung sprechen wird. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, in der Versammlung zu erscheinen.

Nieder-Schönhausen.

Unter der Spitzmarke „Gemeindevertreter **J n i g h t s** Verächtlichung“ bringt das „Wochenblatt für Nieder-Schönhausen, Schönholz und Pantow“ einen Bericht der Gemeindevertreterwahl vom 2. November, in welcher der Gemeindevertreter **J n i g h t** behauptete, daß in dem dortigen Ort wie auch in den Berliner Zeitungen über seine Ausübung falsch berichtet worden sei. Herr **J n i g h t** läßt bei seiner Nichtstufung besondere Rücksichtnahme auf den Redakteur des dortigen Amtsblattes, dessen falsche Wiedergabe nur dadurch möglich sei, daß die Sitzungsberichte nicht stenographiert werden. Der Redakteur scheint jedoch wenig Sinn für solche wohlwollende Entschuldigungen zu haben, denn fast bei jedem Satz, den er Herrn **J n i g h t** sagen läßt, repliziert er, als habe er seinen Bericht genau nach „Vorlage“ gemacht. Die Debatte über die **J n i g h t s c h e** Verächtlichungsrede ließ denn auch erkennen, daß der Verächtlichler den Gemeindevertreter **J n i g h t** nicht allein falsch verstanden hat. Es bleibt aber trotz der Verächtlichung noch die Mitteilung über Weber bestehen, daß derselbe, wie ihm von **H o p p e** 5-6000 M. gestochen worden seien, für das **H o p p e s c h e** Grundstück eingetretten sein soll. Der Gemeindevorsteher machte zum Schluß die Mitteilung, daß er mit dem Landrat Rücksprache zu nehmen gedenke, ob die Berichte der Berliner Zeitungen, welche von einem Panamasandal sprechen, zu berichtigen sind oder ob in anderer Weise vorgegangen werden soll.

Wilhelmsruh-Rosenthal.

Das Rathausprojekt in Rosenthal, von dem wir verschiedentlich berichteten, ist, nachdem an den Minister des Innern Eingaben auf Ablehnung des Projektes gemacht worden sind, abgelehnt.

Gerichts-Zeitung.

Sittlichkeitsfregerei vor Gericht.

Am 12. November kommt vor dem Amtsgericht Berlin die Verleumdungsfrage des bekannten **L i g e n t i a n e n** **B o h n** gegen den Herausgeber des „Simplicissimus“, **A l b e r t L a n g e n**, zum Austrage. **B o h n** hatte auf dem Bremer Sittlichkeitskongreß 1905 behauptet, daß der „Simplicissimus“ durch seine Inserate „Schmutz ins Land trüge“. **A l b e r t L a n g e n** hat darauf in „Simplicissimus“ eine Erklärung veröffentlicht, in der er feststellte, daß der „Simplicissimus“ seit Jahren jedes auch nur ansüßig erscheinende Inserat strenger zurückgewiesen habe, als selbst konservative Familienblätter; nicht etwa aus Prüderie, sondern weil er als politisches und soziales Kampfmittel verlogenen Modern nicht ein billiges Agitationsmittel in die Hand geben wolle“. Gestützt auf diese Erklärung beizurücklegen die Behauptung des **L i g e n t i a n e n** **B o h n** als Lüge und forderte ihn auf, wegen dieser Verleumdungsfrage zu stellen. **B o h n** stellte bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft den Antrag, gegen **L a n g e n** die öffentliche Klage zu erheben. Dieser Antrag wurde von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft mit der Begründung zurückgewiesen, weil nachgewiesenermaßen zahlreiche, nach ihrer Richtung vom „Simplicissimus“ weit

abstehende Blätter in ganz anderer Ausdehnung anstößige Annoncen aufzunehmen, der Beklagte hingegen bestritt, solche Anzeigen vom „Simplicissimus“ fernzuhalten und überdies Herr **B o h n** durch ein aggressives, über das Ziel hinausreichendes Vorgehen die inkriminierte Äußerung selbst provoziert habe. Herr **B o h n** betrat infolge dieser Abweisung den Weg der Privatklage.

Meinoid.

Das Schwurgericht beurteilte gestern den Kohlenhändler **M i e z e l a w K o n i s c h e w s k i** zu drei Jahren Zuchthaus wegen Meineides. Angeklagter hatte, um sich vor Vermögensverhaftung zu drücken, bei Leistung des Offenbarungseides erhebliche Vermögensbestände wissentlich verschwiegen.

Schutz gegen Lärm.

Für Mieter und Vermieter von Interesse ist ein eingehend begründetes Urteil des Landgerichts I, welches in den „M. f. Rpf.“ abgedruckt ist und sich auf das Mißdrittelrecht des Mieters wegen Unbrauchbarkeit der Wohnung infolge Eindringens von Lärm aus der darüber befindlichen Mieterwohnung bezieht. In dem Streitfalle wurde der Mieter, der geistigen Arbeiten obzuliegen hat, durch übermäßigen Lärm in der Oberwohnung fast zur Verweigerung gezwungen. Nach 11 Uhr abends löste Getrappel und Treppenschreien herunter, es wurde viel Klavier gespielt — auch noch nach 12 Uhr nachts — und beim Zubettgehen schienen sich die Oberwohner ein Vergnügen daraus zu machen, die Stiefel mit aller Wucht auf die Erde zu werfen. Der gemietete Mieter wandte sich um Abhilfe an den Hauswirt, stellte ihm gemäß § 542 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Frist zur Abstellung des Uebels und als er damit keinen Erfolg erzielte, kündigte er auf Grund des § 542 das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist. In dem hierüber entbrannten Rechtsstreit hat der Mieter obgelegen. In dem Urteil des Landgerichts heißt es u. a.: „Damit eine Wohnung sich in dem zum vertragmäßigen Gebrauche geeigneten Zustande, in welchem sie während der Mietzeit nach § 536 vom Vermieter zu erhalten ist, befindet, ist auch erforderlich, daß sie von Geräuschen fern gehalten wird, die aus anderen Räumen in die Mietwohnung eindringen und das geistige Arbeiten in derselben sowie das Ausruhen und Schlafen darin wesentlich beeinträchtigen. Allerdings kann derjenige, der eine Wohnung in einem vierstöckigen großstädtischen Hause mietet, in bezug auf das Fernhalten von Geräuschen, die aus anderen Wohnungen desselben Hauses kommen, nur mäßige Ansprüche stellen, die erheblich geringer sein müssen, als etwa die Ansprüche eines Mieters in einem nur zur Landhausartigen Bebauung freigegebenen Vororte. In tatsächlicher Hinsicht kann daher im einzelnen Falle die Grenze, bis zu der ein Mieter in einem vierstöckigen großstädtischen Hause sich das Eindringen von Geräuschen in seine Wohnung gefallen lassen muß, zweifelhaft sein. In rechtlicher Beziehung aber ist davon auszugehen, daß das Eindringen von Geräuschen, welche die Benutzung der Wohnräume zum geistigen Arbeiten und zum Ruhen in übermäßiger Weise beeinträchtigen, sich als die Entziehung eines erheblichen Teiles des vertragmäßigen Gebrauchs der Mietwohnung im Sinne des § 542 B. G. B. darstellt.“

Berufung gegen ein hartes Urteil.

Der Maurer **J e s c h e** hatte im Mai d. J. die Wohnung einer Dame auszubessern. Auf ihren Wunsch ließ er jedweden den Schutt unter besonderen Schwierigkeiten draußen am Hause herab, anstatt ihn durch ihre Zimmer zu tragen. Er kam infolgedessen veripäet zum Abendbrunn seiner Arbeitsofflegen. Einer von diesen namens **G o r i l l a** hänselte ihn wegen seiner devoten Höflichkeit vor den Damen, bis **J e s c h e** den Spötter schließlich zum Ringkampf zwang und ihn hierbei arg zerschlug. **G o r i l l a** fiel zum Tode und erzielte mit Hilfe des Staatsanwalts beim Schöffengericht eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. In der Verhandlung vor der Berufungskammer legte der Verteidiger **R e c h t s a n w a l t** **V r o h** dar, daß ein solcher Ringkampf zweier kräftiger Männer, noch dazu im Mai, zur Zeit des Bodfries, unzulässig mit Gefängnis zu sühnen sei, zumal der Anlag des Streitenden dem Angeklagten, der sich einer Dame gegenüber besonders ritterlich benommen habe, nur zur Ehre gereichte. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 30 M. Geldstrafe.

„Verfluchte Tegeler Post“.

Große Ungehörigkeiten von Polizeibeamten wurden gestern in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht **W e d d i n g** festgestellt. Wegen Verleumdung der **T e g e l e r** Polizeibeamten war der Maurer **R o g g e n t i n** aus Tegel angeklagt. In einer Versammlung des Maurerverbandes besprach er das ungebührliche Verhalten, welches Polizeibeamte gegen ihn und andere Personen anlässlich eines kurz vorher abgehaltenen Vergnügens des Maurerverbandes an den Tag gelegt hatten. — Wie die Anklage ergibt, soll **R o g g e n t i n** in der Versammlung gesagt haben, die Polizeibeamten hätten sich vor dem Vergnügungslokal wie Lohsen benommen. In der Gerichtsverhandlung wurde jedoch ein wesentlich anderer Vortrag und Sinn der Äußerung **R o g g e n t i n s** festgestellt. Nicht nur mehrere Versammlungsteilnehmer, sondern selbst der **G e n d a r m e r i e w a c h m e i s t e r** bezeugten, daß **R o g g e n t i n** gesagt habe, er wisse aus seiner Militärzeit, daß Unteroffiziere die Soldaten als Lohsen, Uebel usw. bezeichnen. So (nämlich wie solche Unteroffiziere) hätten sich auch die Polizeibeamten bei dem Vergnügen benommen. Daß diese Kritik von Polizeibeamten, welche sich vor dem Vergnügungslokal abhielten, durchaus berechtigt ist, dafür trat **R o g g e n t i n** den **A r b e i t s b e w e i s** an. Er selbst sagte, er sei aus dem Rangsaale auf die Straße getreten. Dort standen drei Gendarmen und ein Polizeivergeant. Einer der Beamten trat sogleich auf ihn, den Angeklagten, zu und schrie ihn an: „Was suchen Sie hier? Und auf die Antwort: „Ich erwarte meinen Freund“ sagte der Gendarm: „Da drinnen sind Ihre Freunde, dort scheren Sie sich hin.“ Als **R o g g e n t i n** sich nach dieser groben Aufforderung nicht sogleich entfernte, schrie ihn der Gendarm an: „Na, wollen Sie sich nicht scheinbar entfernen oder...“ und dabei raffelte der Beamte mit dem Säbel. — Ein Zeuge verurteilte das Bild, welches der Angeklagte von dem Benehmen der Gendarmen gab, noch durch folgende Darstellung: Der nicht an dem Vergnügen beteiligte Zeuge stand mit anderen jungen Leuten vor dem Lokal, um der Musik zuzuhören. Da packte ihn einer der Gendarmen ins Genick und schrie: „Verfluchte Tegeler Post, macht, daß Ihr fortkommt. Wenn ich Euch hinschmeiße, bracht Ihr Euch das Genick!“ — Wie der Zeuge angibt, sind auch noch andere Personen, die vor dem Lokal standen, von den Gendarmen in derselben Weise behandelt worden.

Der **A n s a n w a l t** wollte die Äußerung des Angeklagten auch in der nunmehr festgestellten Form als Verleumdung der Polizei mit einer Woche Gefängnis bestrafen lassen.

Der Verteidiger **R e c h t s a n w a l t** **H e i n e** führte unter anderem aus: Der Angeklagte sei durchaus berechtigt gewesen, das, was ihm und anderen durch Polizeibeamte zugefügt worden sei, so zu bezeichnen, wie er es tat. Nach dem, was hier über das Verhalten eines Gendarmen bekannt worden sei, müsse man annehmen, der betreffende Beamte habe entweder einen Zusammenstoß herbeiführen wollen oder er sei betrunken gewesen. Was der Angeklagte in der Verhandlung gesagt habe, das treffe auf diesen Beamten zweifellos zu. Der Angeklagte habe berechtigte Interessen gewahrt als er das ungebührliche Verhalten von Polizeibeamten in der angegebenen Weise besprach. Der Verteidiger beantragte, den Angeklagten frei zu sprechen und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, denn die Anklage hätte wohl nicht erhoben werden können, wenn der Gendarmenwachmeister

Die Verhinderung Roggenflut von vornherein so angegeben hätte, wie er es heute tut.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende unter anderem: Der Angeklagte habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, ihm sei auch der Wahrheitsbeweis gelungen, denn es sei erwiesen, daß sich einer der Beamten, die vor dem Vergnügungslokal standen, ordnungswidrig benommen habe.

Die „Feststellung“ eines „Vereins“ und seines „Vorstehers“ im Strafverfahren kommt manchmal auf eine eigenartige Weise zustande. Besonders beachtenswert ist folgendes Beispiel. In Kilm fanden öfter öffentliche Versammlungen statt, um Mitglieder für einen polnischen Berufsverband (Gewerkschaft), der seinen Sitz in Bochum hat, zu werben.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Am 7. d. M. abends 11 Uhr überfuhr der Güterzug 6359, von Kassel nach Halle, das Haltsignal bei Weitzhof.

Die glühenden Kohlen. Ein Dienstmädchen in der Rosenstraße in Kassel, welches abends einen Eimer mit glühenden Kohlen in die Schlafkammer mitnahm, ist infolge Einatmens der Kohlendämpfe erkrankt.

Der lustige Hauptmannsbursche von Hamburg. Mit einer tödlichen Verletzung im Kopfe wurde vor einigen Tagen der Musikleiter M., der bei einem Hauptmann von L. vom Regiment „Hamburg“ als Bursche fungierte, in das Garnisonlazarett in Altona eingeliefert.

Das unheilvollste Brunnenüberfließen. Viele Leser werden sich noch an den Sturm der Entrüstung erinnern, den vor einigen Jahren in München die Auffüllung eines kleinen Kunstbrunnens auf dem Karlsplatz zu München unter den Sittlichkeitshütern hervorrief.

Standal bei den Pariser Ringkämpfen. Den ersten großen Standal gab es am Montag im Folies-Bergère bei dem Kampfe Smeital-Böhmen und Jimmy Effen-Schottland.

Selbstmord eines Millionärs. Der Budapestener Baumeister und vielfache Millionär Majorosch hat sich angeblich aus Lebensüberdruß erschossen.

Eine Hochofen-Explosion wird aus Mährisch-Osttau gemeldet: Auf dem zweiten Hochofen der Wiskowitzer Eisenwerke fand eine große Gaskatzen-Explosion statt.

Orkan in Oberitalien. In ganz Oberitalien richteten orkanartige Stürme und Regengüsse großen Schaden an.

Die Pest. Rio de Janeiro, 7. November. Hier ist gestern ein Pestfall festgestellt worden. Dem Erkrankten wurde Antipeferum injiziert. Er starb jedoch nach 24 Stunden.

Düner „Wein“. Bei der Untersuchung eines aus Rochetten in Lissabon eingetroffenen Weintransportes hat das Spanageneramt festgestellt, daß 7000 Eimer Wein gestohlen und durch Wasser ersetzt worden sind.

Eingegangene Druckschriften.

- Dr. P. Gerhard. Die Mittel zur Vorbeugung der Empfängnis... Preis 1 M. Verlag W. Krüger, Leipzig-Berlin.
S. Schick. Warum und wie müssen sich die technischen Privatbeamten organisieren? 15 Seiten. Verlag: Bund der technisch-industriellen Beamten. Berlin NW. 52.
Prof. Dr. J. Jankow. Der Arbeitsmarkt. 10 Jahrg. Nr. 3. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktforschung...

Wasserkorb. Und nicht bekannt. - Zutun. Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Sie könnten sich aber an den Schönbeger Magistrat um Entscheidung in Ihrem Sinne wenden. - U. R. 84. 1. und 2. Reim. - S. 32. Die Höhe der Werten ist für die Höhe der Rente mitentscheidend. - 100. 3. R. 1. Na. 2. Reim, es gibt aber Ausnahmen.

Table with multiple columns listing market prices for various goods like flour, oil, and other commodities. Includes a sub-section 'Witterungsüberblick vom 8. November 1906, morgens 8 Uhr' with a weather forecast table.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Zuschuß und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Sprechstunde wird nicht erteilt.

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. November 1906. Zunächst ziemlich warm, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und leichten Nöthen; nachher kälter.

Soeben erschienen: PROTOKOLL über die Verhandlungen des Parteitag des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23.-29. September 1906. Mit Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz in Mannheim am 22. und 23. September 1906.

Advertisement for Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft 'Nordsee'. Teures Fleisch, Billige Seefische. In unmittelbarer Nähe dieser sechs Bahnhöfe liegen unsere Verkaufsgeschäfte. 50 eigene Fischdampfer sind jahraus, jahrein in den deutschen Gewässern für uns tätig.

3. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

209 22 12 963 [5000] 68 15419 68 460 15514 543 157 68 973 156004 157 [1000] 475 [5000] 514 625 799 871

3. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

143600 123 388 547 89 666 144194 200 425 294 895 995 145048 52 560 618 727 895 917 146252 96 422 33 587

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. Teppiche mit farbigen Mustern in großer Auswahl. Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Kleine Anzeigen

Steyppdecken billig! Hobrit Große Frankfurterstr. 9, parterre. Rosenbergs, Kottbulerdamm 98. Damenjackets 5,75, 7,50, 10,50.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Achtung! Achtung! Klavierarbeiter! Die der Pianofabrik von Bell & Co., Andreaskstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Unzufriedenheit die Arbeit niedergelegt.

Redaktion: Hans Weber, Berlin. Für den Inserentenverantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Gottfried Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW